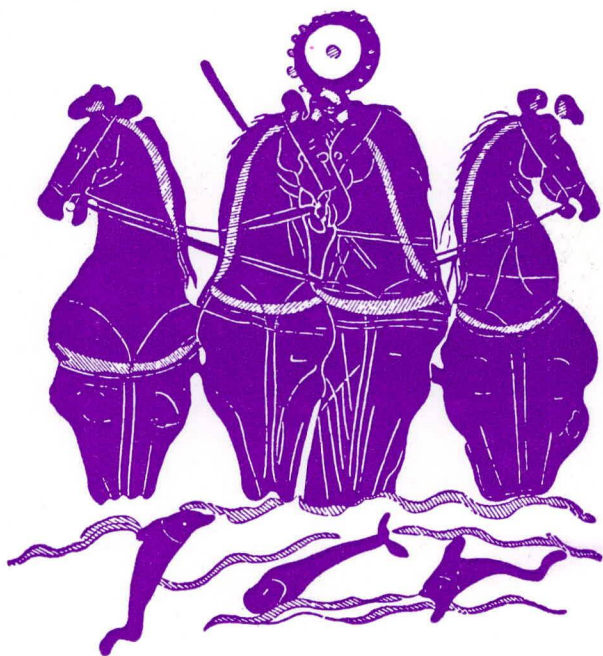




FRAGEN DER FREIHEIT

EINE SCHRIFTENREIHE

FOLGE 39

Des Maurers Wandeln,
Es gleicht dem Leben,
Und sein Bestreben,
Es gleicht dem Handeln
Der Menschen auf Erden.

Die Zukunft decket
Schmerzen und Glücke.
Schrittweis dem Blicke,
Doch ungeschreckt
Dringen wir vorwärts.

Und schwer und schwerer
Hängt eine Hülle
Mit Ehrfurcht. Stille
Ruhn oben die Sterne
Und unten die Gräber.

Betracht' sie genauer,
Und siehe, so melden
Im Busen der Helden
Sich wandelnde Schauer
Und ernste Gefühle.

Doch rufen von drüben
Die Stimmen der Geister,
Die Stimmen der Meister:
Versäumt nicht zu üben
Die Kräfte des Guten!

Hier winden sich Kronen
In ewiger Stille,
Die sollen mit Fülle
Die Tätigen lohnen. –
Wir heißen euch hoffen.

Goethe

FRAGEN DER FREIHEIT

Schriftenreihe für Ordnungsfragen der Wirtschaft,
des Staates und des kulturellen Lebens

FOLGE 39

Juli 1964

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch
Lothar Vogel

Postverlagsort: 655 Bad Kreuznach

Inhaltsübersicht

In Memoriam Otto Lautenbach	3
---------------------------------------	---

Otto Lautenbach

Aus dem Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit	4
--	---

Wolfgang Frickhöffer

Zur Frage der Geldwertstabilität	39
--	----

Fritz Penserot

Zur Währungspolitik	41/49
-------------------------------	-------

Buchbesprechung	44
---------------------------	----

16. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in Herrsching am Ammersee	52
--	----

Thema: Kollektivismus, Individualismus und freie Gemeinschaftsbildung

**Beachten Sie bitte das Programm der 16. Tagung des Seminars
vom 29. Juli bis 7. August in der Bauernschule in Herrsching/A.**

Wir bitten um Ihre baldige Anmeldung!

Diese dem Gedenken Otto Lautenbachs gewidmete Folge ist in einer größeren Auflage hergestellt worden. Wir bitten die Freunde Otto Lautenbachs, mitzuhelfen, sein Andenken bei den Zeitgenossen wach zu halten, wozu dieses Heft dienen soll.

Zu beziehen durch Seminar für freiheitliche Ordnung, 6553 Sobernheim,
Bahnhofstraße 6

In Memoriam Otto Lautenbach

„Am 18. Juli 1954 starb im 51. Lebensjahr nach langer schwerer Erkrankung der Begründer und Herausgeber der „Blätter der Freiheit“, Herr Otto Lautenbach, Inhaber des Vita-Verlages und Vorsitzter des Vorstandes der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e. V.

Seit über 25 Jahren war sein Leben und seine Arbeit der Aufgabe gewidmet, eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu schaffen, die von der Idee des Dienstes am freien Menschen getragen ist. Dafür setzte er seine große Begabung als Redner, Journalist, Wissenschaftler und Organisator unbeirrt und bedingungslos ein.

Durch die „Blätter der Freiheit“ übte er seit sechs Jahren einen spürbaren Einfluß auf das deutsche wirtschaftspolitische Geschehen aus. Seine Aufsätze fanden starke Beachtung.

Die Lücke, die sein Tod hinterläßt, ist groß und schmerzlich. Wir werden unsere ganze Kraft daransetzen, das von ihm geschaffene Werk in seinem Sinne fortzuführen. Die „Blätter der Freiheit“ sollen weiterhin das Organ all derer sein, die für die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft kämpfen und eine Gesellschaftsordnung erstreben, die Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde vereinigt.“

Durch diese Anzeige setzten vor zehn Jahren die Freunde Otto Lautenbachs die Mitwelt von seinem frühen Tode in Kenntnis. Wir wollen zu dieser zehnten Wiederkehr des Todestages dieses unvergeßlichen Freundes herzlich gedenken, indem wir uns die aufopferungsvolle Arbeit ins Bewußtsein zurückrufen, durch die er — ohne Rücksicht auf sein persönliches Wohlergehen und mit viel zu geringer Hilfe und Unterstützung der freiheitlichen Ordnung und ihrer Weiterentwicklung gedient hat. Wie ein Winkelried hat sich Otto Lautenbach für die Freiheit unserer Welt in die Bresche geworfen.

Davon zeugt sein schon 1949 verfaßtes „Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit“, welches auch heute noch volle Aktualität besitzt und welches wir hier folgen lassen.

Für die Freunde der „Fragen der Freiheit“ und des „Seminars für freiheitliche Ordnung“

Diether Vogel

Aus dem Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit*)

Dieses Manifest will eine Entscheidung herbeiführen; eine Entscheidung für den lebendigen Menschen und seine persönliche Freiheit, gegen den lebensfeindlichen Kollektivismus und seinen Terror. Diese Entscheidung heißt heute nicht Ost oder West; denn dort ist der Mensch vollständig geknebelt, entrechtet und entwürdigt, und hier wird er nach dem inneren Gesetz der freien Wirtschaft des Liberalismus von Stufe zu Stufe in den gleichen Zustand hinabgedrängt. Wenn es nicht wahr ist, daß Molotow gesagt hat, „alle Wege führen nach Moskau“ so ist es doch gut erfunden. Präsident Truman ahnt wahrscheinlich nicht, daß er mit seinem in jedem Betracht gewaltigen Programm für die Wohlfahrt der USA und der Welt Stalin bereits den kleinen Finger gegeben hat. Und von der Labourregierung in England hat er — trotz deren scharfer Abwehr des Kommunismus — bereits die ganze Hand **). Sie wissen nicht was sie tun.

Kollektivismus wirkt septisch. Wo immer eine auch noch so kleine Dosis dem sozialen Körper zugeführt wird, vergiftet sie, wenn auch langsam und schleichend, die ganze menschliche Lebensordnung. In diesem Zustand zunehmender Vergiftung befindet sich die abendländische Welt. Deshalb heißt die abendländische Entscheidung nicht: Ost oder West, sondern: zerstörender Kollektivismus oder aufbauende Freiheit.

Die freie Lebensordnung fällt uns nicht zu. Sie muß erkämpft werden gegen die trägen Herzen, gegen die vernebelten Köpfe und gegen die Macht der Interessen. Für diesen Kampf ruft das Manifest die einzelnen Menschen auf, denn die Entscheidung für die Freiheit fällt in Herz und Gewissen eines jeden von ihnen.

Die welterschütternden Ereignisse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben die Kulturwelt in eine Krise von steigender Wucht getrieben. Sie droht entweder in „viele Untergänge ohne Würde“ (Stefan George) einzumünden oder in einer bis dahin noch nie

*) Abdruck aus: Friedrich Selzmann, „Beiträge zur Situation der menschlichen Gesellschaft“, Kassel 1956. Mit Erlaubnis von Frau Dr. G. Lautenbach; geschrieben: Spätsommer 1949.

**) Da vor dem 1. September 1949 geschrieben, hatte sich die Soziale Marktwirtschaft noch nicht voll ausgewirkt und in England regieren inzwischen die Konservativen.

dagewesenen Katastrophe ihren vernichtenden Abschluß zu finden. Der naive Glaube des 19. Jahrhunderts an stetigen Fortschritt und aufsteigende Entwicklung ist in den Weltkriegen jäh zusammengebrochen.

Im Fortschrittsglauben befangen und von der Entwicklungslehre beherrscht, hat die bürgerliche Welt die klaffenden Risse im Fundament der herrschenden Gesellschaftsordnung übersehen und das deutlich vernehmbare Knistern im Gebälk überhört. Dabei fehlte es nicht an Warnern.

Jakob Burckhardt hat, gestützt auf vergleichende Geschichtsbeachtung, seherisch davon gesprochen, im kommenden 20. Jahrhundert werde „die Autorität ihr schreckliches Haupt erheben“ und — wurde nicht beachtet. Was aber war tatsächlich geschehen?

Die herrschende Schicht hat im 19. Jahrhundert das ewige Kommen und Gehen der Krisen nicht als die Folge von Baufehlern der Gesellschaftsordnung verstanden, sondern als eine vorübergehende Abweichung vom Normalen. Die auftretenden Notstände versuchte sie mit einzelnen sozialpolitischen Maßnahmen zu bekämpfen. Die „Not der Industrie“ und die „Not der Landwirtschaft“ glaubte sie mit Subventionspolitik und Schutzzöllen überwinden zu können. Die aus der sozialen Spannung hervorgegangenen politischen Schwierigkeiten wollte sie mit demokratischen Kompromissen aus der Welt schaffen. Tatsächlich aber wurde durch solche einzelnen Maßnahmen sozialpolitischer, wirtschaftspolitischer, innen- und außenpolitischer Art der Staat immer mehr verkompliziert, seine Aufgaben weiteten sich aus, die internationalen Beziehungen wurden fortgesetzt gestört, der Ablauf des sozialen und politischen Lebens immer mehr von einzelnen Maßnahmen überwuchert, ohne daß auch nur eine wesentliche Schwierigkeit hätte gründlich überwunden werden können. Während dieses Vorgangs lösten die stets wachsenden sozialen Spannungen die auf irrige theoretische Ansichten gegründete Arbeiterbewegung aus, die in allen industrialisierten Ländern stark emporwuchs und zu einer akuten Gefahr für die bestehende Ordnung werden mußte. In der Revolution von 1917 in Leningrad ist sie in einem großen Lande scheinbar an das Ziel ihrer Wünsche gelangt.

Diese Entwicklung trieb schließlich in die Weltkriege hinein. Die Weltkriege lösten jedoch nicht die Fragen, sondern vermehrten die Schwierigkeiten und verschärften die sozialen Spannungen, zerschlugen entweder die bestehenden, brüchig gewordenen Ordnungen oder schwächten sie. In allen Teilen der Welt aber ist auf diesen morschen Grundlagen die Hybris des Staates emporgewuchert und hat den einzelnen Menschen in seiner Entfaltung immer mehr behindert

und seine Freiheit beschnitten. In der Sowjetunion und im Dritten Reich Adolf Hitlers ist der Mensch seiner persönlichen Freiheit, und damit seiner Würde, vollständig beraubt worden, er war und ist nur noch ein willenloses Rädchen in einer seelenlosen Apparatur.

Aber auch in den Staaten, die immer noch die persönliche Freiheit, die Humanität und die Menschenwürde als Grundlage ihrer Lebensordnung betrachten, bröckeln diese Menschenrechte immer stärker ab. Von den ihrer Natur nach schon fragwürdigen Grundlagen des menschlichen Lebens und Zusammenlebens ist durch die Weltkriege und deren Folgen nur noch wenig übrig geblieben, so daß sich das Leben nicht mehr nach seinem inneren Gesetz abspielen kann, sondern nach den Regeln einer Flut von Gesetzen, mit denen vergeblich versucht wird, die einzelnen politischen, sozialen, wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Fragen zu beantworten. Damit aber wird der Mensch ein Spielball der Macht und Gewalt von Seinesgleichen in staatlichen und halbstaatlichen Ämtern. Es ist rechtens, daß der Mensch über die Sachen herrsche und nach Belieben mit ihnen verfare — aber nicht über Seinesgleichen.

In den Kriegen selbst hat sich die Menschheit zu Millionen gegenseitig gemordet. Darüber hinaus wurden in verschiedenen Teilen der Welt während und nach den Kriegen Millionen Menschen gewaltsam ihrer Heimat beraubt, in Konzentrationslager gesteckt, weitere Millionen mit diabolischer Systematik ausgerottet.

So kam es zur Mißachtung des Menschen, sein Leben steht nicht mehr hoch im Kurs, der einzelne hat seine innere Sicherheit verloren und ist dem Nihilismus ausgeliefert. Selbst dort, wo vorübergehend eine Rückwendung zur Religiosität festgestellt werden kann, beruht sie oft auf hilfloser Schwäche oder gar auf rein formaler Äußerlichkeit. Auch von hier aus ist eine bindende und bildende Kraft für eine neue sachliche Ordnung kaum zu erwarten.

So bietet die zivilisierte Welt im Zeitalter der Weltkriege das Bild einer Zerstörung aller Grundlagen, einer vollständigen Auflösung aller Bindungen, und eines blind in die Zukunft taumelnden Menschen, der ständig von Macht und Gewalt bedroht, ins Nichts hinausgestoßen ist. Hier gilt das Wort Adalbert Stifters: „Untergehenden Völkern verschwindet zuerst das Maß. Sie gehen nach einem aus, sie werfen sich mit kurzem Blicke auf das Beschränkte und Unbedeutende, sie setzen das Bedingte über das Allgemeine.“

*

Im rechten Verhältnis zu den unwandelbaren Gesetzen der Natur, zum unendlichen Raum und zur ewigen Zeit betrachtet, bekommen wir den rechten Blick für die niederdrückenden Ereignisse in den letzten paar tausend Jahren, die wir Weltgeschichte nennen. Wir sind

noch am Anfang. Die uns zugängliche geschichtliche Erfahrung stützt sich nur auf etwa 250 Generationen, die Menschheit macht in ihren Kinderschuhen die ersten Gehversuche.

Innerhalb der unwandelbaren Gesetze der Natur, des unendlichen Raumes und der ewigen Zeit ist dagegen der Mensch das höchstentwickelte Wesen. Er zeichnet sich vor der materiellen Welt, dem Pflanzen- und Tierreich durch die Vernunft aus und durch seine Fähigkeit, in freier Entscheidung Ja und Nein zu sagen und zu tun.

Jeder einzelne Mensch ist mit all seinen Fehlern und seinen Vorzügen, seinen Schwächen und seinen Kräften ein einmaliges, unwiederholbares Wesen. Er ist erhoben zum bewußten Gestalter des Lebens und dessen Formen innerhalb der unwandelbaren Gesetze der Natur in Raum und Zeit. Das geschichtliche Werden folgt immer aus menschlichem Planen und Handeln. Der Mensch entwickelt bei diesem Wirken seine Individualität. Seit Anbeginn strebt er dabei nach persönlicher Freiheit, die durch die allgemeine Ordnung, die er sich schafft und in der er lebt, beschränkt wird.

So ist es Aufgabe der Politik, die Bindungen, denen der Mensch zwangsweise unterworfen ist, nach den Gesetzen der Vernunft zu regeln, damit dem Leben am besten gedient ist und die einzelnen Menschen und ihre frei gebildeten Gemeinschaften die Höhen des Lebens erreichen können, die ihnen gemäß sind. Es darf durch gesellschaftliche Beschränkungen, wie Schiller sagt: „nicht zum Schnecken-gang verurteilt werden, was Adlerflug hätte werden können“.

*

Das moderne Leben hat tausendfältige Bindungen und Abhängigkeiten geschaffen, die mit den Mitteln der Politik einzeln behandelt werden. Die wirre Vielfalt dieser Erscheinungen verbaut den Blick zu den einfachen Grundlagen. Eine vorurteilslose Untersuchung des historischen Werdens der Erscheinungen und die logische Analyse ergeben, daß all diese Bindungen und Abhängigkeiten gesellschaftlicher Art auf zwei wesentliche zurückzuführen sind.

Die einzelnen Menschen sind für ihre physische Existenz und für ihr soziales Zusammenleben folgenden zwei Bindungen unterworfen, denen sie nur um den Preis des Lebens entinnen können, nämlich den Bindungen

1. an den Grund und Boden;

2. an die arbeitsteilige Wirtschaft.

Das Leben des Menschen ohne Grund und Boden ist undenkbar. Aus dem Boden kommt alles, was der Mensch benötigt, um sich zu nähren, zu kleiden und zu wohnen. Alles, was er sich erwerben und was er besitzen will, muß aus den Schätzen des Bodens gewon-

nen und erarbeitet werden. Der Grund und Boden und seine Schätze sind aber begrenzt durch die Größe der Erde und das, was sie zu bieten hat. Das Menschengeschlecht jedoch hat sich fortgesetzt vermehrt: die Nachfrage nach Grund und Boden wird deshalb immer größer und dringlicher. Der Vermehrung des Grund und Bodens z. B. durch Gewinnung neuer Landflächen aus dem Meere, durch Verbesserung der Bebauungsmethoden oder durch Verfeinerung der technischen Gewinnung von Bodenschätzen sind enge Grenzen gesteckt; in einigen Teilen der Welt sind sie bereits erreicht. Der Grund und Boden hat eine natürliche Monopolstellung.

Mit zunehmendem technischen Fortschritt und steigender Bevölkerungszahl wird der Kampf um den Grund und Boden und seine Schätze immer härter werden müssen. Die Geschichte hat gezeigt — wie angefangen von den Kämpfen der Nomaden um die besseren Weideplätze bis zu den modernen Kriegen um Erzbecken, Ölquellen und wichtige Verkehrswege — in der natürlichen Monopolstellung des Grund und Bodens vieles von dem begründet liegt, was wir an niederdrückenden Ereignissen in der bisherigen Weltgeschichte kennen lernten. Aber auch innerhalb der Völker und Staaten hat die natürliche Monopolstellung des Bodens immer wieder zu sozialen Störungen, Revolutionen und Bürgerkriegen geführt.

Schließlich aber greift diese Frage in das Leben jedes einzelnen Menschen ein, denn jeder einzelne Mensch braucht buchstäblich die ganze ungeteilte Erde zur Befriedigung seiner Bedürfnisse. Dies beweist der Haushalt des einfachsten Mannes in einem zivilisierten Land. Forschen wir danach, woher die Waren und Dienste alle kommen, die er mit seinem bescheidenen Einkommen erwirbt oder in Anspruch nimmt, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, so entdecken wir, daß die Industrien, der Handel, die Agrarwirtschaften und die Rohstofflager aller Kontinente daran beteiligt sind. Fällt ein fremdes Land durch Sperrung seiner Grenzen für Güter und Menschen aus oder schließt sich das eigne durch Autokratiebestrebungen ab, so wird der Anteil jedes einzelnen Menschen an den Gütern dieser Welt gewaltsam beschritten, man hat jedem von ihnen ein Stück Erde weggenommen.

Aber es ist nicht nur der fremde oder eigene Staat, der den einzelnen Menschen durch Wegnahme oder Abschließung eines Teiles der Erde verstümmelt, sondern jeder, der über Grund und Boden kraft seines persönlichen privaten Eigentums verfügt, kann seinen Mitmenschen von diesem Grund und Boden und seinen Schätzen ausschließen, auf die dieser, um leben zu können, nicht verzichten kann. Der Inhaber dieses Monopols, der private Eigentümer von Grund und Boden, ließ und läßt sich von seinen Mitmenschen seine Machtstellung stets ab-

gelten, indem er sich diese als Sklaven oder Hörige zu eigen macht oder aus dem Schweiß der Arbeitenden sich ein Einkommen ohne Arbeit in der Form der *Grundrente* bezahlen läßt.

Diese Machtstellung des Grundeigentums hat mit fortschreitender Entwicklung die Tendenz, eine absolute Herrschaft zu werden: je mehr heute noch nicht erschlossene oder dünn besiedelte Gebiete in die intensive Wirtschaftsweise hineinwachsen, um so weniger Ausweichmöglichkeiten auf Neuland bleiben dem Menschen. Wenn eines Tages auch der letzte Zipfel der Erde bis zum äußersten Rand der *technischen Möglichkeit* genutzt sein wird, dann sind alle Arbeitenden dem privaten Bodeneigentum vollständig ausgeliefert, die Bodenherrschaft wird dann eine absolute sein.

Da uns nicht gegeben ist, die Erde und ihre Schätze beliebig zu vermehren, muß der ordnende Verstand des Menschen mit gesellschaftlichen, d. h. politischen Mitteln eingreifen, um das Rechtsverhältnis des Menschen zum Grund und Boden nach den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und der persönlichen Freiheit zu regeln. Hier ist die eine wesentliche Aufgabe der Politik.

Die zweite entscheidende Bindung des Menschen in der Arbeitsteilung beruht auf der simplen, aber kaum ins allgemeine Bewußtsein gedungenen Tatsache, daß der moderne Mensch fast durchweg Güter erzeugt oder Dienste leistet, die für andere bestimmt sind, weil sie für ihn selbst nur als Tauschmittel einen Nutzen haben. Der Tischlermeister erzeugt jahraus, jahrein Kleiderschränke und benötigt für sich selbst vielleicht drei oder vier in seinem ganzen Leben, der Schuster besohlt tagaus, tagein Schuhe und für sich selbst im Jahr höchstens zwei bis drei Paar; das Fräulein vom Amt vermittelt eine Telefonverbindung nach der anderen, die für es selbst ohne Belang sind, der Lehrer lehrt Klasse um Klasse das ABC und das Einmaleins, die er längst kann und gebraucht, von deren Lehre er aber keinen Nutzen hat.

Mit dem Erlös dieser Güter und Dienstleistungen tauscht er auf dem Markt alle Güter und Leistungen anderer ein, um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Entstanden ist die moderne arbeitsteilige Wirtschaft in einer langen Entwicklung. Sie begann, sobald der Mensch sich aus dem primitiven Zustand der Urwirtschaft und geschlossenen Hauswirtschaft emporhob, als er anfang, seine speziellen Fähigkeiten zu entfalten. Nun war er darauf angewiesen, die Erzeugnisse seiner Hände und seines Geistes, seines Fleißes und seines Könnens auszutauschen mit den Erzeugnissen der Mitmenschen. Aus dem primitiven Naturaltausch hat sich dann ein allgemeines, allseitig verwendbares Tauschmittel entwickelt, und erst dieses

machte es möglich, die Arbeitsteilung bis zu ihrer heutigen Intensität herauszubilden.

So entstand als Fundament der modernen, arbeitsteiligen Wirtschaft das Geldwesen. Nehmen wir das Geldwesen aus der modernen Welt heraus, so brechen Wirtschaft, Kultur und Zivilisation zusammen, die Menschheit versinkt in die Barbarei und ihr größter Teil ist dem Verhungern preisgegeben. Wenn der Mensch leben soll, wenn Kultur und Zivilisation bestehen sollen, dann ist dies an ein funktionsfähiges Tauschmittel und dessen sinnvolle Verwaltung gebunden. Je reibungsloser und sicherer der Austausch der Waren, Dienste und Leistungen funktioniert, um so höher vermag sich das Leben zu entwickeln und um so stärker und vielseitiger können sich die Kräfte des Menschen entfalten.

Die Entwicklung zur arbeitsteiligen Wirtschaft der Gegenwart ging nicht gradlinig vonstatten; schwere Krisen, ja der Untergang ganzer Kulturen durchkreuzten sie und warfen sie oft auf den Ausgangspunkt zurück. Der Mensch stemmte sich diesem Verhängnis entgegen, und er verfiel bis in die moderne Zeit hinein meist auf den Gedanken, Erzeugung und Verteilung der Güter und den Einsatz der Dienstleistungen nach einem zentralen staatlichen Plan zu regeln. Trotzdem am Ende dieses Weges immer der Niedergang, die Sklaverei und der Henker standen, wurden diese abwegigen Methoden auch in den aufgeklärtesten und modernsten Zeiten wiederholt. Offenbar haben die Initiatoren einer solchen Planwirtschaft noch nie in das Getriebe der arbeitsteiligen Wirtschaft hineingeblickt, sonst hätten sie den sicheren Mißerfolg ihres Unternehmens vorausberechnen müssen. Nur ein beliebiges Beispiel soll uns den Blick schärfen. Nehmen wir einen Herrenanzug für 200 Mark. Wer ist alles an seiner Herstellung beteiligt: der australische Schafzüchter, der Wollgroßhändler und die Börsianer in Sidney und London, der Telegraph und seine Angestellten; die Schiffsreederei, die Schiffswerft, die Seeleute; die Grubenarbeiter in Englands Kohlenbergwerken und an der Ruhr; die Kumpels in den Kupferbergwerken des belgischen Kongo; die Maschinenfabriken als Lieferanten der Webereien und Färbereien, die Farbenfabriken, die Nähmaschinenfabriken und ihre Arbeiter, der Nadelfabrikant und die Hersteller des Metermaßes; schließlich der Schneidermeister und vielleicht noch die Bank, die das Teilzahlungsgeschäft finanziert. Das ist aber nur eine kleine Auswahl aus den Millionen, ja Millionen Menschen, deren Arbeit und Leistung zusammenkommt, damit ein einziger Anzug entstehen kann. Die 200 Mark teilen sich und wandern durch viele tausend wirtschaftliche Kanäle in aller Herren Länder zu Millionen Menschen, die alle — wenn auch nur mit dem winzigen Bruchteil eines Pfennigs — daran beteiligt sind. Ein

ähnliches Ergebnis hat die Untersuchung fast aller Güter des täglichen Bedarfs. Und nun maß sich der Mensch an, von einem grünen Tisch aus hier zu planen und zu lenken, das Getriebe in Gang zu halten und gar noch die Freiheit und die soziale Gerechtigkeit walten zu lassen. Ein aussichtsloses Beginnen.

So sind wir darauf verwiesen, das Tauschmittel Geld und seine Verwaltung so zu gestalten, daß die arbeitsteilige Wirtschaft sich störungsfrei entwickelt und der Mensch in ihr gedeiht.

Die Arbeitsteilung bindet die Menschen aneinander, macht sie voneinander abhängig, der einzelne vermag hier nicht für sich selbst zu bestehen. Hier also muß die Gesellschaft mit politischen Mitteln eingreifen, um Willkür von Menschen über Menschen auszuschalten, der ordnende Verstand muß helfen, die Arbeitsteilung so zu regeln, daß dem Menschen ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit unter der Bedingung der sozialen Gerechtigkeit gesichert ist. Das ist die zweite wesentliche Aufgabe der Politik.

Im Lichte dieser Erkenntnis betrachtet, erweist sich, daß die meisten Fragen, mit denen sich die moderne Politik beschäftigt, gar nicht in ihren Bereich gehören. Sind das Rechtsverhältnis des Menschen zum natürlichen Monopol des Grund und Bodens und die Arbeitsteilung sinnvoll geregelt, dann können die anderen großen Aufgaben, die dem Menschen gestellt sind, von ihm selbst oder in frei gebildeten Gemeinschaften gelöst werden, ohne der gesellschaftlichen Eingriffe des Staates zu bedürfen.

Diese zwei Aufgaben müssen durch eine vernünftige, also natürliche gesellschaftliche Ordnung gelöst werden, wenn die Kultur eine feste Grundlage finden soll. Hier ist ein weites Feld für den ordnenden Verstand und das tatkräftige Wollen. Damit aber endigen nicht die Aufgaben des Menschen, denn hier gilt: „Wo der Staat aufhört, dort beginnt erst der Mensch, der nicht überflüssig ist“ (Nietzsche).

Hier erst, im Reiche der Freiheit, sind die unendlichen menschenwürdigen Aufgaben gestellt, die der einzelne nach Neigung oder freiem Willen allein oder in frei gewählten Gemeinschaften lösen kann und lösen wird.

*

Hekatomben von Menschen wurden in den Wirren der Geschichte sinnlos geopfert, ein unfäßbares Maß von menschlichem Glück und menschlichen Möglichkeiten wurden zerstört, unermessliche Reichtümer verschwendet; trotz diesem ungeheuren Aufwand ist es in der Geschichte bisher noch nicht gelungen, die Grundlagen menschlichen Lebens und Zusammenlebens zu schaffen und die beiden tragfähigen

Grundpfeiler zu setzen für ein sicheres Fundament der menschlichen Lebensordnung. Weil dies nicht geschah, mußte und muß die Politik sich mit all den unerquicklichen Fragen zweiten und dritten Ranges herumschlagen, die als Folge der Baufehler unserer gesellschaftlichen Ordnung immer wieder auftreten und nach einer Lösung rufen. Gleichgültig, ob wir unseren Blick in vergangene Kulturen oder in die jüngste Vergangenheit werfen, überall wird uns deutlich gemacht, daß alles darauf ankommt, zuerst das sichere Fundament einer sozialen Ordnung zu setzen.

Als man im alten Rom nicht mehr genügend Edelmetall besaß, um soviel Tauschmittel — Geld — zu machen, wie die damalige Arbeitsteilung bedurfte, mußte z. B. Pompejus die Schätze der Tempel im Orient plündern, damit wieder soviel Tauschmittel — Geld — hergestellt werden konnte, um die römische Wirtschaft vom Deflationsdruck zu befreien.

Als im gleichen Rom die krasse soziale Not als Folge des unsozialen Bodenrechts wie eine Seuche um sich griff, führte dies zum Aufstand der Grachen.

Als im niedergehenden Rom die Gold- und Silberfunde vollständig ausblieben und die Arbeitsteilung in einer jahrhundertelangen Deflation zurückging und schließlich erstarb — in vereinfachten Worten das wesentliche dessen, was als „Untergang Roms“ bezeichnet wird — da erließ Diokletian seine Edikte, von denen sich ihrem Geiste und ihrem sachlichen Inhalt nach die Notverordnungen des Reichskanzlers Brüning beim Niedergang der deutschen Weimarer Republik kaum unterschieden. Die Beispiele hierfür sind Legion. Kein Wunder, daß objektive Geschichtsbetrachter zu dem erschütternden Ergebnis gelangen, es wiederhole sich alles und das Auf und Ab der Reiche und Kulturen sei unabänderlich wie ein Gesetz der Natur. Hier handelt es sich dagegen nicht um ein unwandelbares Naturgesetz, sondern um soziale Einrichtungen, vom menschlichen Geist erdacht, vom menschlichen Willen errichtet und demgemäß von ihm auch zu wandeln.

Unsere Epoche scheint in einem Jahrhundert der Weltkriege ihren Abschluß zu finden. Sie wurde eingeleitet mit der verheißungsvollen Verkündung der Menschenrechte in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und mit dem Sturm auf die Bastille in der Großen Französischen Revolution. Sie wollten die Ideale der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ in dieser Welt verwirklichen. Mit Begeisterung und Elan wurde das Werk begonnen, jedoch im Verlaufe der Zeit sind diese Ideale immer fragwürdiger geworden; in der Sprache der Tatsachen, in den Erschütterungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden sie verhöhnt.

Mit der Verkündung der bürgerlichen Freiheiten setzte eine bis dahin in der menschlichen Geschichte noch nicht gekannte stürmische Entwicklung der Naturwissenschaften und in ihrem Gefolge der Technik ein. Das Maschinenzeitalter ermöglichte es, die Einwohnerzahl in Europa in etwas mehr als 100 Jahren beinahe zu vervierfachen und die Menschen mit materiellen Gütern trotzdem besser zu versorgen. Die stürmische Entwicklung der Naturwissenschaften und der Technik wurde auf geistigem Gebiet begleitet von der beherrschenden Stellung der Entwicklungslehre Darwins, was alles zusammen jenen Glauben begründete, die Gesamtentwicklung gehe stets vorwärts und aufwärts. In den Weltkriegen jedoch ist dieser Entwicklungsglaube jäh zerstört worden, und an seine Stelle trat der Nihilismus.

Unaufhaltsam aber hat sich trotz der sichtbaren äußeren Aufwärtsentwicklung in diesem Jahrhundert die soziale Frage in den Vordergrund gedrängt und teils unter revolutionären Ausbrüchen gebieterisch nach einer Lösung gerufen. Der Widerspruch zwischen Fortschritt und Armut wurde offenbar. Immer neue Maschinen ermöglichten es, die Arbeit zu vereinfachen und ergiebiger zu machen, und trotzdem griff man z. B. zur Kinderarbeit, was sich in nichts von der erbärmlichsten Sklaverei unterschied.

Überall entstand in den industrialisierten Ländern das Proletariat der besitzlosen Arbeiter, das sich unter den Lehren der Sozialisten, vor allem von Karl Marx, zu einer nach Millionen zählenden revolutionären Arbeiterbewegung zusammenfand. Das Heraufkommen des Sozialismus als Forderung von Millionen bewies, daß das 19. Jahrhundert nicht nur Freiheit, Fortschritt, Wohlstand und Aufstieg brachte, sondern auch soziale Not, Verelendung und Zerfall. Auch hier bestätigt sich, daß die Politik versäumte, die beiden wesentlichen Grundfragen des menschlichen Zusammenlebens zu lösen. Die Entwicklung stand weder auf dem festen Pfeiler eines sozialen Bodenrechts, noch war sie gesichert durch eine reibungslos sozial gerecht verlaufende Arbeitsteilung.

*

In allen Industrieländern ist aufgefallen, wie immer wieder Krisen mit Arbeitslosigkeit und Not das soziale Leben erschütterten. Die herrschenden Schichten sahen dies nur als eine Abweichung vom Normalen an, während das organisierte Proletariat die Schuld dem technischen Fortschritt und dem privaten Besitz an den Produktionsmitteln zuschob. Selbst bis ins 20. Jahrhundert hinein haben sich diese Auffassungen gehalten.

So hat in Deutschland der „Verein für Sozialpolitik“, dem alle führenden Sozialwissenschaftler angehörten, im Jahre 1903 eine 12bän-

dige Enquête veröffentlicht, in welcher die Wirtschaftskrise um die Jahrhundertwende bis in die letzten Details mit deutscher Gründlichkeit untersucht und zahlenmäßig in Einzelbildern niedergelegt worden ist. Schon der Titel dieser prominenten Publikation „Störungen im deutschen Wirtschaftsleben“, aber auch ihr Inhalt zeigen, wie weit man von der Erkenntnis entfernt war, es handle sich bei den Krisen um Fehler der Grundlagen unserer gesellschaftlichen Ordnung; hier sah man nur „Störungen“, vorübergehende Abweichungen vom Normalen. So ergab sich, daß die Mittel zur Abhilfe nur in Einzelmaßnahmen sozialpolitischer, wirtschaftspolitischer, innen- und außenpolitischer Natur gesucht werden konnten, die dann nur zeitweise und nur scheinbar halfen, tatsächlich aber das Übel wesentlich vermehrten, wie z. B. der Zollpolitik.

Nicht mit Symptombehandlung, sondern nur mit ernster Grundlagenforschung, ohne deren ständiges heißes Bemühen jedes Erkenntnistreben in sterilem Spezialistensystem erstarrt, sind wir imstande, in der wirtschaftlichen Entwicklung die Ursache der Krisen und die Erscheinungen, die aus der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung mit innerem Zwang folgen müssen, unmißverständlich zu deuten.

Während der industriellen Entwicklung des 19. Jahrhunderts hatten fast alle daran beteiligten Länder die Goldwährung als Grundlage der Arbeitsteilung. Die wirtschaftliche Entwicklung drängte zur Edelmetall-, insbesondere zur Goldwährung hin. Die Edelmetalle schienen eine bevorzugte natürliche Eignung zur Verwendung als Tauschmittel mitzubringen, denn sie sind selten, Verfälschungen leicht erkennbar, ihre Qualität ist überall gleich, außerdem sind sie keinerlei Veränderungen durch äußere Einflüsse wie Witterung und Verderb ausgesetzt, und man erzielt schon für ein kleines Quantum einen hohen Preis, so daß große Mengen Güter mit relativ kleinen Mengen Edelmetall ausgetauscht werden konnten; die Edelmetalle besaßen also in hohem Maße die für ein Tauschmittel erforderlichen Eigenschaften, leicht transportierbar und beweglich zu sein, ihre Unverderblichkeit dagegen gab ihnen eine folgeschwere Überlegenheit über die auszutauschenden Waren. Alle Erzeugnisse der Arbeit drängen zum Markte, halten Nachfrage nach Geld, bei der Goldwährung also nach Gold, um mit Hilfe dieses Tauschmittels andere Waren, Dienste und Leistungen einzutauschen. Je höher also die Erzeugung ansteigt, um so mehr Tauschmittel sind erforderlich, um den Tausch reibungslos zu vollziehen, den Absatz der erzeugten Waren und damit das Funktionieren der Arbeitsteilung zu sichern. Goldfunde aber sind weitgehend von Zufällen abhängig, und damit findet unter der Herrschaft der Goldwährung die

verfügbare Zahl der Tauschmittel eine künstliche Grenze, die durch menschliches Handeln nicht überwunden werden kann. Bleiben also die Goldfunde aus oder erreichen sie nicht das für den Austausch der Erzeugnisse der Arbeit erforderliche Maß, dann bleiben diese Waren unverkäuflich, der Handel geht zurück, die Fabriken entlassen die Arbeiter: die Wirtschaftskrise bricht aus. So müssen gerade bei starker technischer Entwicklung und damit verbundener steigender Erzeugung unter der Herrschaft der Goldwährung notwendig Krisen auftreten, weil die vom Zufall abhängigen Goldfunde nicht Schritt halten mit der Erzeugung der Waren.

Trotz überreicher und kostspieliger Erfahrungen in allen Zeiten haben erst die Erschütterungen der beiden Weltkriege der Erkenntnis Bahn gebrochen, daß die Goldwährung und die von ihr abgeleiteten Währungssysteme ungeeignet sind zur Führung einer modernen Wirtschaft.

Es war aber nicht die Goldwährung allein, die aus ihrer inneren Natur immer wieder Wirtschaftskrisen hervorrief, sondern noch andere Gründe sind dafür verantwortlich zu machen.

Wenn sich die Wirtschaft in einer aufsteigenden Konjunktur mit reibungslosem Absatz befindet, steigender Wohlstand und erhöhte Einkommen erzielt werden, immer neue Häuser, Fabriken, Verkehrswege errichtet werden, menschliche Erfindungsgabe und menschlicher Fleiß also ihre Triumphe in gelungenen Werken feiern, dann findet diese wirtschaftliche Ausdehnung ihre Grenze nicht in der Bereitschaft des Menschen, diese Erzeugnisse abzunehmen und zu verbrauchen, diese Anlagen in Betrieb zu halten und zu nutzen, sondern darin, daß diese wachsende Erzeugung von Sachkapital dessen Verzinsung herabdrückt. Wenn unter sonst gleichen Verhältnissen immer mehr Häuser entstehen, gehen die Mieten und damit die Kapitalerträge des Häuserkapitals zurück. Wenn unter sonst gleichen Bedingungen mehr Fabriken arbeiten und miteinander in Konkurrenz treten, um Armut und Mangel zu überwinden, dann sinkt die Rendite des darin investierten Kapitals. Das Sinken des Kapitalertrages lähmt nun die Anlagefreudigkeit der Geldbesitzer. Wenn zu erwarten steht, man werde in neuen Kapitalanlagen, in neuen Fabriken oder neuen Häusern nur noch 2 oder 1 1/2 Prozent Zinsen erzielen können, dann zieht sich der Geldbesitz in die Liquidität zurück. Das Geld als unerlässliches Tauschmittel für die vorhandenen Erzeugnisse verschwindet vom Markt in die Horte, zerreißt die Tauschketten: Absatzstockung, Arbeitslosigkeit, die Wirtschaftskrise tritt ein. In der Wirtschaftskrise aber werden die vorher gebildeten Ersparnisse aufgezehrt, die vorhandenen Sachkapitalgüter weiter verschlissen, ihr

Gesamtbestand verringert sich, während Neuanlagen nicht mehr erstellt werden. Das Ergebnis dieses Kapitalverschleißes kann nur größerer Kapitalmangel und damit höhere Verzinsung des verbleibenden Sachkapitals sein. Wenn durch diesen Mangel zu erwarten steht, daß bei der Anlage des Geldes jetzt wieder höhere Kapitalerträge fließen werden, dann wird die „Vorliebe für die Liquidität“ (Keynes) beim Geldbesitzer überwunden, das Geld kommt aus den Horten und geht wieder unter der Bedingung des höheren Zinses in die Wirtschaft, bringt den Austausch der Waren, Dienste und Leistungen wieder in Gang, und eine neue aufsteigende Konjunktur kann beginnen. Der Wechsel von aufsteigender und absteigender Konjunktur ist begleitet von Schwankungen des allgemeinen Preisstandes, der sich während der aufsteigenden Konjunktur erhöht und während der absteigenden Konjunktur ermäßigt. Allgemein steigende Preise bewirken rascheren Absatz und beleben die Konjunkturentwicklung, allgemein sinkender Preisstand ruft dagegen Absatzstockungen hervor, weil alle wirtschaftenden Menschen warten, bis die Waren billiger werden, wodurch die Wirtschaftskrise verschärft wird. Als Nebenprodukt werfen diese allgemeinen Preis- und Kursschwankungen Riesengewinne ohne Arbeit für die berufsmäßigen Spekulanten ab, während die Preissteigerungen die Sparer und Gläubiger zugunsten der Schuldner berauben, die Preissenkungen dagegen die Schuldner bedrücken und die Gläubiger bevorzugen. Die theoretische, durch die Erfahrung bestätigte Erkenntnis, daß schwankender Preisstand Wirtschaftsstörungen hervorruft, ist im Laufe der Zeit Allgemeingut geworden und hat zuerst in der Theorie und dann auch in der Praxis dazu geführt, eine Währungspolitik unabhängig von Edelmetall- und anderen Deckungsgrundlagen so zu betreiben, daß der durchschnittliche Preisstand gleichbleibt. Diese Form der Währungspolitik wird *Indexwährung* (nach Irving Fisher) genannt, weil sie sich des Großhandelsindex als Maßstab für den durchschnittlichen Preisstand bedient. Durch Geldvermehrung oder Geldverminderung hat es die Währungsverwaltung in der Hand, den durchschnittlichen Preisstand (Großhandelsindex zu stabilisieren. Diese Politik der *Indexwährung* hat bei den bisherigen, praktischen Versuchen zwar gezeigt, daß mit ihr auf längere Dauer eine ansteigende Konjunktur geschaffen werden kann, aber sie scheiterte dann, als unter dem Druck der Sachkapitalvermehrung die Kapitalerträge sanken und der „Hang zur Liquidität“ eintrat. Aus diesen Gründen haben sich aufsteigende und absteigende Konjunkturen in unserer Epoche immer wieder abgelöst. Die Perioden sind immer kürzer geworden, weil die fortschreitende Technik in immer geringeren Zeiträumen die Kapitalbildung erzielte, unter deren Druck die Verzinsung zum Sinken kam.

Im Gefolge dieser Wirtschaftskrisen mit ihren Zusammenbrüchen und sozialen Notständen traten nun innerhalb der Gesellschaftsordnung soziale Spannungen auf. Sie wurden um so stärker, je tiefer eine Krise ging und je mehr der politische Wille der betroffenen Menschen erwachte, sich ihrer zu erwehren. Schließlich wurden die sozialen Spannungen in den einzelnen Ländern so stark, daß die gesamte Ordnung als solche in Frage gestellt war. Aus ihnen ergab sich die politische Radikalisierung nach links und rechts, die am Ende alle Mittel demokratischer Regierungskunst unwirksam machte und damit zur Diktatur nach innen oder zum Krieg nach außen oder zu beiden drängte. Nach diesem Schema von auf- und absteigender Konjunktur hat sich die Entwicklung in den industrialisierten Ländern unserer Epoche abgespielt, wenn auch mit Abweichungen in der Intensität, in der zeitlichen Folge oder in besonderen Erscheinungen, die von der besonderen nationalen Politik oder von besonderen Bedingungen der einzelnen Länder bestimmt waren.



Am Eingang der Epoche der Industrialisierung in der liberal-kapitalistischen Ordnung stand in Deutschland der Aufstieg Preußens zu einer europäischen Macht unter Friedrich II., den die deutsche Geschichte einen Großen genannt hat. Neue Provinzen wurden der preußischen Hausmacht angegliedert, darunter dünn besiedelte Gebiete mit nur geringer natürlicher Ertragsfähigkeit. Sie wurden künstlich kolonisiert und in Kultur genommen.

Preußen brach im Siebenjährigen Krieg eine große Kluft zwischen der Donaumonarchie und den übrigen Bestandteilen des Reiches auf, gab dem „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ zwar nicht den letzten, aber den entscheidenden Schlag zu seinem endgültigen Auseinanderfallen.

Preußen wehrte sich am längsten und am erfolgreichsten gegen den Geist der Freiheit, der in den fragwürdigen Formen liberal-kapitalistischen Charakters auch in Deutschland den Feudalismus zum größten Teil überwand. Im Jahre 1806 wurde das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ auch formal aufgelöst. Die sogenannten Befreiungskriege erweckten zwar neue Hoffnungen, die sich aber als trügerisch erwiesen: Deutschland war in viele kleine Staaten mit eigenen Münzsystemen und eigener Zollgesetzgebung zersplittert.

Ungeheuer schwer war der Kampf fortschrittlich gesinnter Männer wie Friedrich Lists für einen Deutschen Zollverein, der unter Ausschluß der Donaumonarchie im Jahre 1834 zustande kam.

Die Argumente, die damals von den einzelnen Ländern gegen die Beseitigung der Zölle zwischen den deutschen Ländern vorgebracht wurden, waren die gleichen, die im 20. Jahrhundert bei den Bestrebungen auf umfassendere Zollunion mit der gleichen Hartnäckigkeit und mit dem gleichen Mangel an sachlicher Begründung vorgebracht wurden. Der Deutsche Zollverein war unzweifelhaft ein Fortschritt und wirkte belebend auf die Wirtschaft der deutschen Länder, den Austausch ihrer Produkte und erhöhte schließlich auch den allgemeinen Wohlstand.

Die Vormacht Preußens setzte indessen durch, daß von nun an die Zollgesetzgebung sich ausrichtete an den Interessen des privaten Bodeneigentums in jenen dünnbesiedelten, weniger ertragreichen und nicht wettbewerbsfähigen Böden im Osten des Landes, deren Preise durch den Zollschutz künstlich in die Höhe getrieben wurden. So kam es, daß Bismarck 1864 zum Schutz der Grundrenten-Interessen der ostelbischen Junker die Verhandlungen über die Zollunion der Donaumonarchie mit den deutschen Ländern zum Scheitern brachte, unter dem Vorwand — wie in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ nachzulesen ist — die Landwirtschaft im Osten Preußens sei mit der der Donaumonarchie nicht wettbewerbsfähig. Statt einer befreienden Zollunion kam der Krieg von 1866 und seine kleindeutsche Lösung. Eine Zollunion zwischen der damaligen Donaumonarchie und den deutschen Ländern hätte das geschichtliche Bild des kommenden Jahrhunderts wesentlich verändert. Allerdings wäre auch damit eine grundsätzliche Lösung nicht erzielt worden, weil dieselben Probleme an den Grenzen des größeren Gebildes aufgetreten wären. Für die besondere Entwicklung Deutschlands in der liberal-kapitalistischen Epoche war aber hier ein verhängnisvoller Kurs festgelegt; er mündete schließlich in den Ersten Weltkrieg.

Die permanente „Not der Landwirtschaft“ wurde ständig, wenn auch vergeblich, mit Schutzzöllen zu bekämpfen versucht. Die Schutzzölle konnten niemals die Landwirtschaft schützen, wenn man darunter die auf dem Grund und Boden arbeitenden Menschen versteht. Die Schutzzölle trieben automatisch die Grundrente und damit die Preise des Grund und Bodens in die Höhe. Dort, wo unter freiem Wettbewerb keine Grundrente zu erzielen war, wurde die Grundrente künstlich durch den Zoll geschaffen; dies traf fast auf die gesamten Gebiete Ostelbiens zu. Dort wurden mit Hilfe des Schutzzolles Preise für Grund und Boden und entsprechende Renten erzielt, die einer Reihe von Geschlechtern auf ewige Zeiten ein feudales Rentnerdasein sichern sollten. Es ist kein Zufall, wenn die Namen der-

jenigen, die in Preußen-Deutschland die Politik bestimmten und die Kommandostellen des preußischen Militarismus besetzten, fast ausschließlich den Familien zugehörten, die jene Güter besaßen und durch die Schutzzollpolitik in den Genuß eines großen Vermögens und der entsprechenden Renten gelangten. Ohne diese Schutzzollpolitik wären diese weiten Gebiete billiges, teils kostenloses Land gewesen mit dem natürlichen Anreiz zur Besiedelung und Industrialisierung; dies wurde durch die Grundrentenpolitik künstlich verhindert.

Mit den Schutzzöllen wurden indessen die Lebenshaltungskosten für die arbeitende Bevölkerung in Deutschland wesentlich, zeit- und teilweise um ein Vielfaches erhöht, wodurch die industrielle Entwicklung in Deutschland mit einer drückenden Hypothek belastet wurde. Mit den Schutzzöllen konnte nur den Grundrentnern geholfen werden, während die Landwirtschaft selbst trotz diesem angeblichen Schutze unter schwierigsten Bedingungen leben mußte. Die deutsche Industrie dagegen mit ihrem so hervorragenden natürlichen Standort an der Ruhr, konnte sich nicht so entwickeln, wie es den hier gegebenen natürlichen Bedingungen entsprach, der Lebensstandart aller Beteiligten wurde beträchtlich unter das selbst im Liberalkapitalismus mögliche Maß gedrückt.

Der niedrige Lebensstandard riß zwar die revolutionäre Arbeiterbewegung hoch, brachte aber für die Arbeiter nur unzlängliche und für die Wirtschaft hemmende sozialpolitische Maßnahmen.

Schließlich führte die Schutzzollpolitik zu stetigen außenpolitischen Schwierigkeiten, die ebenfalls mit zum Ersten Weltkrieg drängten.

So erwies sich die von Friedrich II. eingeleitete und von Bismarck vollendete Politik der Grundrente als ein deutsches Verhängnis.

Die periodische Wiederkehr der Krisen wirkte innerhalb dieses politischen Rahmens verschärfend. Im engen Korsett der Grundrentenpolitik und des Militarismus mußten diese Krisen in Deutschland viel schwerere soziale Folgen haben als anderswo. Sie bestimmten die Linie der Innenpolitik. Von 1846—1849 herrschte in Deutschland eine schwere Deflationskrise, die unmittelbar zu den revolutionären Ausbrüchen von 1848 führte und zum ersten Male eine straff organisierte marxistische Arbeiterbewegung unter dem Kommunistischen Manifest zusammenfügte. Trotz aller Hemmungen setzte sich die Entfaltung des Gewerbes und der Technik, wenn auch langsamer als anderswo, durch, besonders nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71. Die Reichsbank wurde nach dem Sieg ge-

gründet, und auf die fünf Milliarden Goldfranken Kriegsentschädigung hin wurde die Goldwährung in Deutschland eingeführt. Das einströmende Gold und die damit hervorgerufene Vermehrung des Geldes führte zu einer sich überstürzenden aufsteigenden Konjunktur, die mit dem anrühigen Namen „Gründerjahre“ in die deutsche Sozialgeschichte einging. Der Automatismus der Goldwährung aber setzte diesem Aufstieg sehr rasch die in seiner Natur liegende Grenze.

Eine Wirtschaftskrise mit vielen Zusammenbrüchen, Arbeitslosigkeit und sozialen Spannungen trat ein, und nach dem Automatismus der Goldwährung folgte ein neuer Aufstieg, der wiederum in einer großen Krise endete. Hunderttausende von jungen Deutschen mußten nach einem gewonnenen Krieg fluchend ihr Vaterland verlassen, weil sie hier weder Arbeit noch Brot finden konnten. Mit der Schutzzollpolitik war ihnen jenes von Natur aus billige und dünn besiedelte Land Ostelbiens verteuert und verschlossen, weshalb diese arbeitswilligen Menschen in anderen Kontinenten nach freiem Land suchen mußten. Die revolutionäre Arbeiterbewegung wuchs weiter an und gewann erhöhte politische Bedeutung in der Sozialdemokratie. Die Mittel, die von der Politik gegen die sich häufende Not angewandt wurden, zielten aber nicht auf die gründliche Wandlung der liberalkapitalistischen Ordnung, gegen das falsche Bodenrecht und den in der Währungs-gesetzgebung begründeten Baufehler, sondern erschöpften sich in Einzelmaßnahmen wie Zollschutz, in sozialpolitischer Gesetzgebung und anderen untauglichen Mitteln, die am Ende die Not nur vermehrten und in dieser Not dem staatlichen Denken und dem Militarismus immer mehr Kräfte zuführten.

In der Epoche bis 1914 haben die deutsche Industrie, das deutsche Gewerbe und die deutsche Landwirtschaft bei weitem nicht die Entwicklung genommen, die selbst der Liberalkapitalismus zugelassen hätte. Statt dessen hat der Militarismus unter diesen Bedingungen einen glänzenden Aufstieg erfahren.

Im Ersten Weltkrieg von 1914-1918 war das preußisch-wilhelminische Reich zusammengebrochen. Als die marxistische Arbeiterschaft im November 1918 die Macht übernahm, glaubte sie sich am Ziel ihres jahrzehntelangen revolutionären Kampfes. Der preußisch-deutsche Militarismus schien vernichtet, die Grundherren waren eingeschüchtert, die politischen Voraussetzungen zum Bau einer neuen Welt waren gegeben, die sachliche Lage drängte auf eine gründliche Lösung. Von theoretischen Irrtümern auf die falsche Bahn geleitet, hat der marxistische Sozialismus diese große Chance zur Befreiung der deutschen Arbeit und der deutschen Wirtschaft verpaßt. Die marxistisch-sozialistische Arbeiterbewegung erwies sich als un-

fähig, eine neue Lebenswelt zu bauen, so daß schließlich die Beharrungskraft der liberalkapitalistischen Interessentengruppen den Sieg über die Revolution davonzuging und die eingeschüchterten Grundherren wieder in den Besitz der wirtschaftlich-politischen Macht setzten. Die ungelösten Fragen versanken in der großen Inflation, an deren Ende wiederum kein einziger zukunftsweisender Gedanke stand; sie fand ihren Abschluß durch die verhängnisvolle Rückkehr zur Goldwährung in modifizierter Form. Die Weimarer Republik gab sich die freieste Verfassung der Welt, aber die Goldwährung lieferte das Instrument zur Beherrschung von Arbeit und Wirtschaft. Die Menschen- und Freiheitsrechte wurden in den Wirtschaftskrisen zu leeren Begriffen. Die Frage der entscheidenden Stunde des Jahres 1929: Goldwährung mit deflationistischer Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit oder aufbauende Wirtschaftspolitik war 1933 schon zugunsten des Goldes gegen die Arbeit entschieden worden. Damit wurde die größte Wirtschaftskrise Deutschlands eingeleitet, in der Stück um Stück die bürgerlichen Freiheiten durch Notverordnungen zerschlagen wurden, die Arbeitslosigkeit ins Riesenhafte answoll und die Zusammenbrüche von selbständigen Existenzen zu hunderttausenden sich häuften. Damit ging Hand in Hand eine Radikalisierung nach links und rechts, als politischer Ausdruck der ungeheuren sozialen Spannungen.

Wiederum war eine Lage entstanden, in der es möglich schien, die Grundlagen für eine neue Lebensordnung zu schaffen. Alle politischen und sachlichen Voraussetzungen waren wieder einmal gegeben, jedoch war in dieser revolutionären Situation die geistige Durchdringung mit den Gedanken der persönlichen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit noch nicht soweit fortgeschritten, daß sie durch die realpolitische Tat hätte ihren Ausdruck finden können. So kam es in Deutschland, daß „die Autorität ihr schreckliches Haupt“ erhob, der Nationalsozialismus seine Herrschaft antrat und damit einen neuen Zusammenbruch des deutschen Lebens unter furchtbaren Qualen einleitete. Um die sozialen Spannungen zu überwinden, wurde die Wirtschaftspolitik unter die Regeln des militärischen Befehls gestellt, eine Kommandowirtschaft eingeführt, mit billigem Kredit die Staatsmaschine mit den nötigen Mitteln versorgt, durch Errichtungsverbote und Kreditlenkung, Autarkiefinanzierung und schließlich Aufrüstung die Kapitalbildung auf außerwirtschaftliche Geleise geschoben, so daß sie dem Zinsanspruch der Sachkapitalien nicht gefährlich werden konnte. Der Preis dafür war die vollkommene Beseitigung der persönlichen Frei-

heit im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben. Mit innerer Notwendigkeit mußte diese Politik schließlich nach außen ihre inneren Spannungen zu entladen versuchen. Ein neuer Weltkrieg mit der sicheren Katastrophe kam herauf. Mit der Beseitigung der persönlichen Entscheidungsfreiheit in Politik, Wirtschaft und sozialem Leben und mit dem rohen Eingriff der Gewalt in alle natürlichen und gesetzmäßigen Zusammenhänge und Abläufe ging schließlich der Blick für Ursachen und Wirkungen verloren, und der Mensch glaubte am Ende, man könne alle Fragen des Lebens durch Macht und Befehl beantworten. So lösten sich die letzten Reste natürlichen gesetzmäßigen Zusammenhanges auf, und das Ende war der Untergang des freien Menschen in dem Kollektivismus der Partei und des Staates. So wurde der Nihilismus gesät.

Alle Wertungen und Maßstäbe brachen zusammen. Das Wort von der Freiheit z. B. stand auch auf den Standarten, hinter denen eine begeisterte, idealistische Jugend gläubig in die totale Tyrannei marschierte.

In der Katastrophe von 1945 war dann Deutschland moralisch, wirtschaftlich und politisch aufgelöst und zerfallen.

*

England und das britische Weltreich galten als das für die Epoche des Liberalkapitalismus typische Land. England begann als erstes Land mit der Industrialisierung und entwickelte einen weltweiten Handel. Als Friedrich II. mit englischem Geld den Siebenjährigen Krieg führte, hat England — nicht immer mit lauterer Mitteln — sein weltumspannendes Empire ausgebaut. Trotz seinem ungeheuren Reichtum an Hilfsquellen, Rohstoffen und weltweiten Verbindungen blieb auch dieses Land nicht verschont von den Erschütterungen, die aus den Baufehlern der liberal-kapitalistischen Ordnung hervorgingen. Unter den menschenunwürdigen Bedingungen wurde in der englischen Industrie von Männern, Frauen und auch von Kindern gefront. Das Grundherrentum der englischen Lords zeitigte aufreizende Erscheinungen, die kaum anderswo in der zivilisierten Welt ihresgleichen hatten. Wenn trotzdem am Ende des 19. Jahrhunderts und im 20. Jahrhundert die englischen Wirtschaftskrisen aber niemals den Grad erreichten wie in Deutschland und die sozialen Spannungen sich hier nicht in der Schärfe in der britischen Politik abzeichneten wie dort, so ist das weniger darauf zurückzuführen, daß England ein großes Weltreich sein eigen nannte, als vielmehr auf den Umstand, daß England seine Politik auf den Grundlagen des uneingeschränkten Freihandels und des freien Wettbe-

werbs aufgebaut hatte. Mit dem Freihandel war es möglich, soziale Spannungen erheblich zu mildern, die in Deutschland durch die gekennzeichnete Politik verschärft worden sind. Schließlich ging England in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dazu über, jeden Schutz und jede Subvention für seine landwirtschaftlich genutzten Böden fallen zu lassen und seine Kraft damit den wirtschaftlichen Tätigkeiten zu widmen, in denen es nach seinen natürlichen Bedingungen überlegen war: Finanz, Industrie und Handel.

Nach dem ersten Weltkrieg ist England 1925 zur Goldwährung zurückgekehrt und hat damit eine deflationistische Wirtschaftspolitik eingeleitet, die den großen Bergarbeiterstreik hervorrief und schwere soziale Erschütterungen mit sich brachte. Die Entwicklung trieb ähnlichen Verhältnissen zu, wie sie in anderen Ländern, vor allem in Deutschland, sich durchsetzten. Da aber hob England als größter Goldproduzent der Welt im Jahre 1931 kurzerhand die Goldwährung auf und entschied sich damit gegen das Gold und für den Aufbau der Wirtschaft und des sozialen Lebens. Die englische Währung wurde von 1931 an nach Grundsätzen verwaltet, die denen der Indexwährung entlehnt waren und hat damit bis in das Jahr 1938 einen bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufstieg genommen. (Ein Beispiel: bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges waren mehr als ein Drittel des englischen Wohnungsbestandes Neubauten, die nach dem ersten Weltkrieg erstellt waren.) Mit dieser Politik hatte England die im ersten Weltkrieg an die USA abgetretene Vormachtsstellung als Finanzzentrum in aller Stille wieder zurückerobert.

Aber der technische Fortschritt mit seiner Fähigkeit, Sachkapital in immer kürzeren Fristen in immer größerem Umfang zu bilden, wirkte bedenklich auf die Zinserträge des sich häufenden Sachkapitals. Die Krisenangst zog herauf, und nur der Krieg mit seiner systematischen Zerstörung von Sachkapital bewahrte England und sein Empire vor einer Wirtschaftskrise.

Trotz den Zerstörungen, die der Krieg für England mit sich brachte, und trotz der Abzweigung der Kapitalneubildung für die Finanzierung der Kriegsausgaben zeigte sich am Ende des Krieges wiederum ein spürbarer Druck auf die Verzinsung des Sachkapitals, der Hang zur Liquidität trat auf. Geschult durch seine Volkswirtschaftler, voran John Maynard Keynes, wurden die Gefahren erkannt, die mit einer neuen Wirtschaftskrise für England und sein Empire heraufzogen. Die Arbeiterpartei kam ans Ruder. Nach dem Plan Lord Beveridges sollten die sozialen Forderungen der Gewerkschaften mit den Ansprüchen des Kapitals auf einen Nenner gebracht werden. Mit einer neuen Theorie der Vollbeschäftigung, verbunden mit der

Sozialisierung einiger Grundindustrien, wurde versucht, die Ansprüche des Kapitals zu befriedigen, ohne Wirtschaftskrisen und soziale Spannungen in Kauf zu nehmen. Nach diesem Plan wird der Staat an Stelle der privaten Geldgeber als Investor auftreten, wenn die Kapitalneubildung die Zinsansprüche des Kapitals niederkonkurriert hat und die Hortung des Geldes die Arbeitslosigkeit auslöst. Der Staat übernimmt die Anleihen zu festen Zinsen von den Geldgebern und investiert sie in den staatlichen Betrieben oder in außerwirtschaftlichen Unternehmen, ohne Rücksicht darauf, ob die von ihm aufzuwendenden Zinsen aus der Produktion herausgewirtschaftet werden können. Mit dieser Politik scheint es möglich, auf längere Frist Vollbeschäftigung zu sichern, ohne die Kapitalerträge anzutasten. Der moderne Mensch, durch die Gefahren der Wirtschaftskrisen an der Freiheit müde geworden, erliegt leicht dem Sicherheitsgedanken, wie er vor allem in der Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck kommt. Der gleiche Gedanke nach Sicherheit hat auch den Kapitalisten erfaßt, der darauf verzichtet, mit seinem Kapital und allen Risiken selbst in die Wirtschaft einzusteigen: er läßt sich durch den Staat die Sicherheit seiner Zinsrate garantieren.

Die Praxis hat auch im freiheitlichen England, vor allem im sozialisierten Kohlenbergbau, erwiesen, wie mit diesen Methoden die Leistung der Wirtschaft herabgesetzt wird und die Kosten für die Steuerzahler anschwellen. Hier fallen neben den Kosten für den Staatsausbau vor allem die von Jahr zu Jahr steigenden Differenzen zwischen den hohen Zinsverpflichtungen gegenüber dem anleihezeichnenden Kapitalisten und den meist viel niedrigeren Zinserträgen aus den staatlich investierten Kapitalien ins Gewicht. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis wann diese Lasten den Steuerzahler erdrücken. Zunehmender politischer Kollektivismus mit Beschneidung der persönlichen Freiheit auf allen Gebieten des Lebens mit relativ geringerem Lebensstandard müssen die Folgen sein. Die Staatsschulden türmen sich auf und verlagern das Schwergewicht der sozialen Spannungen von dem Kampf um Löhne und Gehälter in einen Kampf um die Steuern. Vollbeschäftigung und Zinsanspruch können eine Zeitlang miteinander in Einklang gebracht werden, jedoch wird das relative Sinken des Sozialproduktes bei fühlbarer Beschränkung der persönlichen Freiheit und zunehmender Bürokratisierung mit innerer Notwendigkeit die Kräfte auf den Plan rufen müssen, die nur in einer totalen Kollektivisierung und damit Vermassung ihr Ziel finden können. Die Baufehler der Wirtschaftsordnung werden nicht beseitigt, sondern ihre Folgen treten im Staate selber auf, wo sie mit zeitlicher Verzögerung das Gleiche bewirken, wie dort, wo sie auf revolutionärem Wege mit Macht und

Gewalt der Freiheit, Menschenwürde und sozialen Gerechtigkeit in einem totalitären System ein absolutes Ende setzen.



Die USA haben im Verlauf der liberal-kapitalistischen Epoche, vor allem im 20. Jahrhundert, die stärkste industrielle Entwicklung durchgemacht und in Politik, Wirtschaft und sozialem Leben dem einzelnen Menschen den größten Spielraum für seine freie Entfaltung geboten. Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten war das beliebte Ziel vieler Auswanderer aus allen Ländern, die dort versuchten, ihr Glück zu machen.

In der Tat waren die USA seit der Verkündung der Menschenrechte im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg das freieste Land der Welt. Im Gegensatz zu den europäischen Ländern traten dort die Wirtschaftskrisen nie so aufdringlich in Erscheinung, weil noch bis weit in das 20. Jahrhundert hinein ein natürliches Notventil vorhanden war: weite Strecken fruchtbaren, un bebauten Landes konnten in Eigentum genommen werden und boten unternehmungslustigen Menschen ein weites und lohnendes Feld für ihre freie Betätigung. Während in Preußen-Deutschland die Schutz-zollpolitik das vorhandene Land künstlich sperrte und die Menschen wegen der Folgen dieser Politik außer Landes trieb, wurden sie dort freudig aufgenommen und konnten sich ihr Leben nach ihrem eigenen Geschmack einrichten. In den Wirtschaftskrisen, die in den USA genau wie in Europa aus den gleichen Gründen periodisch auftraten, konnte die soziale Not die Formen nicht annehmen wie in Europa, weil dem in der Krise sinkenden Lohn eine untere Grenze in den Erträgen des freien fruchtbaren Landes gesetzt war. Wenn die Arbeitslosigkeit stieg und die Löhne heruntergingen, dann zogen viele der arbeitslos Gewordenen westwärts, nahmen Land in Besitz, bebauten es, und die Erträge gehörten ihnen. Unter die Höhe dieser Erträge konnte der Lohn in der Industrie nie sinken, weil durch die Abwanderung Arbeitsloser und mit dem Lebensstandard Unzufriedener selbsttätig der Mangel an Arbeitskräften für die Industrie hergestellt wurde, der die Löhne weiter in die Höhe trieb. So wurde in diesem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten den Menschen eine naiv optimistische Grundhaltung durch das tatsächliche Leben eingeprägt, die auch heute noch die Bewohner der USA auszeichnet.

Der Strom der Auswanderer aus den Notstandsgebieten der Welt ergoß sich nach den USA. Da entschloß sich dieses freie Land zu dem ersten Schritt, der weg von der Freiheit führen sollte. Einwanderungsbeschränkungen zunächst gegen Chinesen und Japaner und später gegen fast alle Völker der Welt

wurden erlassen, Einwanderungsquoten festgesetzt und so der freie Zugang zum freien Land in den USA eingeschränkt. Je umfangreicher diese Maßnahme angewandt wurde, um so mehr schützte sie die relativ besseren Lebensbedingungen und verhinderte eine mit unbegrenzter Zuwanderung verbundene Erhöhung der Grundrente in den USA. Nationalistische und am Ende militaristische Politik der Grundrente waren in den USA lange unbekannt. Mit der Zunahme der Bevölkerung und der fortschreitenden Industrialisierung im Zuge verschiedener schwerer wirtschaftlicher Krisen füllte sich jedoch der bisher freistehende Raum, und etwa nach dem ersten Weltkrieg waren die letzten Reste freien, fruchtbaren, unbebauten Landes in den USA in Besitz genommen. Von diesem Augenblick an schloß sich langsam und deutlich spürbar das Notventil für die wirtschaftlichen Krisen, brach der Schutzwall der den Lohn zusammen. Damit begann eine neue Ära amerikanischer Wirtschaftsentwicklung, die sich gegen die Mitte des 20. Jahrhunderts hin immer deutlicher abzeichnete. Die soziale Frage erhob nun auch in den USA ihr Haupt. Gewerkschaften bildeten sich und kamen mit der Zeit zu immer stärkerem Einfluß. Lohnkämpfe nahmen schärfere Formen an, und die sozialen Spannungen begannen zu wachsen, wenn sie auch immer noch ungleich geringer waren als in den hochindustrialisierten europäischen Ländern, die schon lange kein freies Land mehr besaßen.

Gerade in der Zeit, während sich das Notventil für das Sinken des sozialen Lebensniveaus schloß, hat sich die us-amerikanische Industrie in einem Tempo entwickelt, demgegenüber alle bisher bekannten europäischen Maßstäbe versagen; die Kapitalbildung wuchs in unvorstellbare Höhen. Der naive Optimismus des US-Amerikaners versuchte frühzeitig, rein aus der Erfahrung heraus und ohne langes theoretisches Grübeln, Wege zu finden, um die Krisen zu vermeiden. Als Irving Fisher, der us-amerikanische Nationalökonom von Weltruf, seine Ideen für eine Stabilisierung des durchschnittlichen Preisstandes (Indexwährung) als Mittel gegen die Konjunkturschwankungen entwickelte, fielen sie in diesem unbefangenen Lande auf guten Boden. In der nach dem ersten Weltkrieg betriebenen Deflationspolitik war es der Gouverneur der us-amerikanischen Federal Reserve Board, Strong, der ohne gesetzlichen Auftrag auf den Rat Irving Fishers im Jahre 1921 diese Politik in die Praxis umsetzte. Er steuerte die Währungspolitik der USA vom Deflationskurs auf den stabilen Preisstand und machte es möglich, bis zu seinem Tode im Jahre 1928 diese Politik der Indexwährung tatsächlich durchzusetzen. Ein selbst für die us-amerikanischen Verhält-

nisse außerordentlicher Konjunkturaufstieg war die vorauszusehende und durch die Praxis bestätigte Folge. Gelehrte und Experten aus aller Welt fuhren nach den USA, um das amerikanische „Wirtschaftswunder“ zu studieren und Bücher darüber zu schreiben. Arbeitslosigkeit war unbekannt, die Löhne stiegen ununterbrochen bei gleichbleibendem Preisstand bis auf nahezu das 2 $\frac{1}{2}$ -fache, ein allgemeiner Wohlstand machte sich breit, und nichts schien mehr unerreichbar in diesem Lande.

Höhere Einkommen bei gleichbleibenden Preisen führten zu höheren Ersparnissen. Die zuversichtliche wirtschaftliche Stimmung begünstigte immer neue Investitionen in neuen Fabriken, Maschinen und Häusern. Als Gouverneur Strong im Jahre 1928 starb, war unter dem Druck der bis dahin unerhörten Kapitalbildung die Zinsrate des Sachkapitals selbstverständlich gesunken und unterschritt in weiten Bezirken der us-amerikanischen Wirtschaft 2 v. H. Damit war das Signal für das Geldkapital gegeben, keine neuen Investitionen mehr zu finanzieren, weil die in Zukunft zu erwartenden Zinserträge dies nicht lohnend erscheinen ließen. Mit Aktienverkäufen an der New Yorker Börse setzte im November 1929 der allgemeine Kurssturz ein, übertrug sich auf die Preissenkungen in der gesamten Wirtschaft — eine Wirtschaftskrise mit allen ihren Folgen würgte das ganze Land. Noch nie zuvor waren die USA im Inneren so erschüttert wie in jenen Jahren von 1929 bis 1932. Nach diesem Aderlaß der Krise mit einem Erzeugungsausfall und gleichzeitigem Kapitalverzehr schienen nun die Bedingungen wieder erfüllt zu sein, unter denen mit Aussicht auf höhere Kapitalerträge das ruhende Geld wieder investiert werden konnte.

Dieses erste große Beispiel praktischer Indexwährungspolitik hat bewiesen, daß die ihr zugrundeliegende Theorie richtig ist und hat alle günstigen Folgen gezeitigt, die ihr zugeschrieben werden. Der Zusammenbruch der Indexwährungspolitik hat aber auch die Grenzen deutlich gemacht, die ihr gesetzt sind durch die Fähigkeit des Geldkapitals, dem Hang zur Liquidität zu frönen, d. h. das als Tauschmittel benötigte Geld in die Horte zu setzen, wenn die Anlagen unter dem Druck der Kapitalneubildung nur noch einen geringen Zins abwerfen: am Ende erweist sich die Indexwährung als unzulänglich, die Wirtschaft von der lähmenden Bedingung des Zinses zu befreien.

Mit dem Amtsantritt des Präsidenten Roosevelt begann eine neue Periode aufsteigender Konjunktur. Es war bezeichnend für die Ziele dieses Präsidenten, daß er im Mai 1933 die Weltwirtschaftskonferenz in London mit seiner berühmt gewordenen Botschaft sprengte, als dort der Versuch gemacht wurde, die internationale

Goldwährung wieder als Grundlage der internationalen Finanz- und Wirtschaftspolitik einzuführen. In dieser Botschaft forderte er, es werden die „Fetische der sogenannten internationalen Bankiers durch Anstrengungen ersetzt werden müssen, die den nationalen Währungen die Aufgabe stellen, ihnen eine dauernde Kaufkraft zu sichern, die ... nicht schwanken soll“. „Lassen Sie mich offen sagen — so hieß es in der Botschaft weiter — „daß die USA einen Dollar schaffen wollen, der für die nächste Generation die gleiche Kaufkraft behalten wird wie der Dollar, den wir in einer nahen Zukunft zu schaffen hoffen.“

Das Werk wurde auch mit gutem Erfolg begonnen, aber schon nach kurzer Zeit wurden durch die starke Produktionskraft der USA die Zinserträge der Sachkapitalien wieder in Mitleidenschaft gezogen. Die USA standen vor der Entscheidung, die Vollbeschäftigungspolitik mit geeigneten Mitteln fortzusetzen ohne Rücksicht auf die kapitalistischen Zinsinteressen oder sich diesen zu beugen.

Präsident Roosevelt leitete nun seine Politik ein, die weder die Vollbeschäftigung noch die Zinsinteressen stören sollte: die Abzweigung der auf den Zins drückenden neugebildeten Kapitalien auf außerwirtschaftliche Wege, wo diese Kapitalien nicht mehr mit den bestehenden in Wettbewerb treten konnten. Zuerst wurde die Goldsterilisierungspolitik betrieben, indem der Goldpreis immer so hoch festgesetzt wurde, daß es sich für alle goldherzeugenden und goldbesitzenden Länder lohnte, ihr Gold nach den USA zu verkaufen. So wurde das Gold in Südafrika ausgegraben, nach den USA versandt und dann dort wieder in Fort Knox eingegraben. Für 24 Milliarden Dollar Gold wurden im Laufe der Jahre auf diese Weise angesammelt. Einer Kapitalneubildung von 24 Milliarden Dollar war die zinsdrückende Kraft genommen. Aber diese Politik reichte nicht aus, um den Strom neugebildeter Kapitalien aufzusaugen, so daß weitere Kanäle geöffnet werden mußten, um das neugebildete Kapital abzuleiten. Es folgten der New Deal mit starken planwirtschaftlichen Elementen, der Bau der Tennessee-Talsperre und andere öffentliche Arbeiten. Als in der Zwischenzeit in Europa die sozialen Spannungen zu der Auseinandersetzung des zweiten Weltkrieges trieben, wurden Rüstungen in aller Welt finanziert, schließlich wurden durch die Pacht- und Leihgesetzgebung insgesamt 53 Milliarden Dollar investiert, die nirgends in der Wirtschaft konkurrierend mit dem bestehenden Kapital auftreten konnten. Als dann die USA selbst in den Krieg eintraten, hat die güterwirtschaftliche und die finanzwirtschaftliche Bewältigung der Kriegsaufgaben einige hundert Milliarden Dollar beansprucht, die ebenfalls dem Zinsertrag nicht

gefährlich werden konnten, weil sie ausschließlich der Zerstörung dienten. Wie ungeheuer die Produktivkraft der Wirtschaft der USA in diesem Zeitraum gestiegen ist, zeigt die Tatsache, daß dieser Aderlaß der Wirtschaft der USA von mehreren hundert Milliarden Dollar in kaum mehr als einem Jahrzehnt den Lebensstandard nicht zu beeinträchtigen vermochte: 1947 sind, an der Kaufkraft von 1938 gemessen, die Einkommen in den USA nicht niedriger, sondern um 46 v. H. höher gewesen als vor dem Kriege.

Trotz diesem unfassbar großen Kapitalabzuge ist die Verzinsung der Sachkapitalien in den USA kaum nennenswert gestiegen, hat also keine für den Zins günstig wirkenden Knappheitsverhältnisse aufkommen lassen. So befinden sich die USA in der Gefahr, in neue Wirtschaftskrisen hineinzusteuern mit all ihren sozialen Spannungen, ohne ein Notventil in freiem herrenlosen Land zu haben.

Diese aus der in den USA bestehenden Ordnung heraus zwangsläufig eintretende Entwicklung ist dort in das Bewußtsein der führenden Schichten gedrungen. Die Pläne nach dem zweiten Weltkrieg sahen vor, großzügige Kredite zum Wiederaufbau zu geben mit bestimmten Vorschriften für den Verwendungszweck, zum Teil unter Verzicht auf spätere Rückzahlung. Die us-amerikanische Regierung nimmt Anleihen von ihren Staatsbürgern auf und übernimmt ihnen gegenüber die Garantie für Zins und Tilgung; sie verschenkt z. T. die Kapitalien nach außen. Der Zinsanspruch der Geldgeber wird durch die Steuerzahler befriedigt, und die Kapitalien werden nach außen abgeleitet, ohne im eigenen Land den Zins zu gefährden. Die Folge muß eine ständige Erhöhung der Staatsschuld und eine immer höhere Steuerbürde für den amerikanischen Bürger sein.

Nach dem Abkommen von Bretton Woods und mit der Installation der Weltbank in Verbindung mit der UN sind weltweite Pläne vorgesehen, die zumeist den Wiederaufbau zerstörter Gebiete und die Industrialisierung großer bisher noch zurückgebliebener Länder zum Ziele haben. So hofft man den Anspruch des Geldkapitals für die Dauer mit Hilfe der us-amerikanischen Steuerzahler befriedigen zu können, ohne in eine Krise zu treiben, die mit ihren sozialen Spannungen das demokratische Staatsgefüge ernstlich gefährden würde.

In dieser Entwicklung kann indessen nicht übersehen werden, wie auf diesem Wege in den USA von Jahr zu Jahr die staatliche Bevormundung der bisher relativ freien Wirtschaft immer mehr um sich greift, wie die Bürokratisierung sich aufbläht, wie die persönliche Freiheit des einzelnen von den Randgebieten her auch dort immer stärker eingeschränkt wird, wie das demokratische Spiel der Kräfte durch die Gewerkschaften und durch das sich immer stärker

ankündigende Aufkommen einer dritten Partei schwieriger wird, wie, mit einem Wort gesagt, auch in den USA, dem freiesten Land der Welt, die Freiheit auf dem Rückzug ist.

Neben der Bürokratisierung der Wirtschaft werden sich auch die Grundrenteninteressen politisch immer mehr in den Vordergrund spielen. Mit ihnen treten die ihr gemäßen Kräfte auf den Plan. Nationalismus und Militarismus werden dort hochkommen, wie sie sich früher unter ähnlichen Bedingungen in Europa entwickelt haben. Die weltweiten Pläne für die Investition erfordern überdies eine sich stets verstärkende militärische Kraft, und damit wird das Land, das in die beiden Weltkriege mit einer kleinen Kader-Armee eingetreten ist, ein großes stehendes Heer unterhalten müssen, der Soldat wird in der öffentlichen Meinung im Kurs steigen, gesellschaftlich einen höheren Rang erreichen und damit das Gefüge dieses freiesten Volkes der Welt wesentlich verändern: auch dort wird der Zug zur Autorität das Streben nach Freiheit zurückdrängen.

*

Die europäischen Länder, wie z. B. Italien, Frankreich, Spanien, zeigen in ihrer Entwicklung ebenfalls ein besonderes nationales Gesicht, aber auch dort sind die bestimmenden Grundlagen des Ablaufs das unsoziale Bodenrecht und der Wechsel von aufsteigender und absteigender Konjunktur in der arbeitsteiligen Wirtschaft mit den gleichen politischen Folgen: weg von Freiheit und Demokratie und hin zu Zwang und Autorität.

*

Die sozialen Erschütterungen haben in den liberalkapitalistischen Ländern die revolutionäre Arbeiterbewegung hervorgerufen, die nach ihrem theoretischen und praktischen Begründer Karl Marx zuerst in den hochindustrialisierten demokratischen Ländern die Macht ergreifen sollte, um in der Diktatur des Proletariats die Produktionsmittel zu vergesellschaften und eine klassenlose Gesellschaft aufzubauen, wie es im Kommunistischen Manifest von 1948 niedergelegt war: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die Entwicklung aller ist.“

Im Gegensatz zu der marxistischen Voraussage ergriffen die marxistischen Revolutionäre in einem absolutistisch regierten feudalistischen Land die Macht, dagegen kamen sie in den hochentwickelten Industrieländern nicht zum Zuge. In Leningrad riß eine kleine Minderheit marxistischer, intellektueller Revo-

lutionäre — meist bürgerlicher Herkunft — die Macht an sich und versuchte mit einer vor nichts zurückschreckenden Konsequenz ihre Ideale aus dem Kampf in die Realität umzusetzen. Die Konsequenz in der Durchführung konnte die Irrtümer der marxistischen Theorie nicht aufheben und deren Folgen nicht beseitigen. Ein Fünfjahresplan nach dem anderen wurde durchgeführt. Die herrschende Klasse des zaristischen Absolutismus, die Grundherren, waren im buchstäblichen Sinn des Wortes ausgerottet, aber an ihre Stelle trat eine neue Klasse von Parteifunktionären, Kommissaren und Bürokraten, begleitet und gesichert von einer alles beherrschenden, rücksichtslosen geheimen Staatspolizei. Die Produktionsmittel wurden programmgemäß vergesellschaftet und die neu aufgebaute Industrie von vornherein in Staatsregie genommen. Die Arbeiterklasse gelangte an das Ziel ihres Strebens: Die Produktionsmittel waren in ihrer Hand. In der Tat aber haben in der Sowjetunion die Produktionsmittel den Arbeiter so vollständig zu ihren Sklaven gemacht, wie dies noch niemals ein privater Unternehmer im rücksichtslosesten kapitalistischen Regime tun konnte.

Der Arbeiter ist mit seiner Wohnung und all seinen Lebensbedürfnissen an den Betrieb gebunden, in dem er arbeitet. Für ihn gibt es kein Ausweichen mehr von einem Betrieb zum anderen, wie es auch der härteste Kapitalismus immer noch in engen Grenzen zuläßt; denn wenn er zu einer Tür hinaus will, um der Sklaverei des Staates zu entinnen, kann er nur eine neue Tür zu einer anderen Sklavenanstalt des Staates öffnen. Während im Kapitalismus immer noch, wenn auch noch so geringe, persönliche Freiheit möglich ist, immer noch eine gewisse Willensentscheidung für die Wahl des Arbeitsplatzes, für den Ort des Wohnens, für die Form der Befriedigung der Bedürfnisse gegeben ist, so hat dies alles hier aufgehört. Eines ist übrig geblieben vom Kommunistischen Manifest, in dem es von den Maßregeln, die „ziemlich allgemein in Anwendung kommen können“, heißt: „Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau“.

Bevor das Experiment im Osten durchgeführt worden ist, war das ein nicht sehr aufregender Satz ohne Bezug auf eine Realität. Nach der Durchführung in der Praxis aber begreifen wir, was hinter diesem Satz für eine entsetzliche Wirklichkeit steht, wie hier der Mensch nicht Herr der Produktionsmittel geworden ist, sondern ihr Sklave; er rangiert hier hinter dem letzten Rädchen der Maschine. Der Mensch wurde zur Nummer. Er ist billiger als eine Maschine, billiger als ein Teil der Produktionsmittel, deren Vergesellschaftung ihn befreien sollte.

Die herrschende Klasse aus Parteifunktionären, Kommissaren und Staatsbürokraten ist nicht abhängig von Gesetzmäßigkeiten im Verlauf der Wirtschaft, sondern nur gebunden an Maßnahmen, die sie selbst aus ihrer Machtvollkommenheit trifft, mit der sie über Mensch und Dinge willkürlich verfügen kann und nur so gut verfügen wird, wie die Interessen ihrer neugebildeten Klasse es verlangen.

Nach außen kann eine sozialistische Staatsform ebensowenig die Freiheit dulden, sie ist darauf angewiesen, mit Hilfe eines Außenhandelsmonopols die Verbindung mit der übrigen Welt aufrechtzuerhalten. Da aber jeder einzelne Mensch, erst recht ein ganzes Volk, zur Befriedigung seiner Bedürfnisse auf die ganze ungeteilte Erde und deren Schätze und die aus ihnen erarbeiteten Erzeugnisse angewiesen ist, entsteht der innere Zwang zum Tausch unter allen Umständen, wodurch der Außenhandel zu einem rein politischen Faktor wird. Aus den wirtschaftlichen Beziehungen zu der übrigen Welt entsteht bei dieser Konstruktion aus innerer Konsequenz der Zwang zum Imperialismus, zur Eingliederung der übrigen Welt in den eigenen Apparat. Neben diesem Zwang aus der gesellschaftlichen Struktur bestehen auch nach der gründlichen Wandlung in Rußland für die Sowjetunion die gleichen imperialistischen Tendenzen, wie sie früher der Zarismus entwickelt hat; die gleichen außenpolitischen Probleme, denen das zaristische Rußland gegenüberstand (Dardanellen, Ostsee, China, eisfreie Häfen usw.) bestimmen heute die Außenpolitik der Sowjetunion. So ist die Sowjetunion nicht die Heimstatt einer klassenlosen Gesellschaft geworden, in der Freiheit und soziale Gerechtigkeit herrschen, wie es die Theorie verlangt, sondern aus der inneren Logik der Dinge eine nationalistisch-imperialistische Macht, in deren Bereich für den freien Menschen kein Platz zu finden ist.

*

Aus ideologischer Befangenheit heraus streben kommunistische Gruppen in anderen Ländern der Welt nach den gleichen Zielen, wie sie in der Sowjetunion verwirklicht sind. Sie tun dies zu einem großen Teil mit innerer Überzeugung, ohne zu erkennen, daß sie als außenpolitische Werkzeuge einer imperialistischen Macht mißbraucht werden, die auch die bescheidensten Reste von persönlicher Freiheit zerstören wird, wenn sie ihr Ziel erreichen sollte. Die Verlockung zu den kommunistischen Zielen entsteht in den industrialisierten Ländern mit liberalkapitalistischer Wirtschaft aus den sozialen Spannungen und den damit verbundenen sozialen Kämpfen. Der Ruf zur Vergesellschaftung der Produktion, zur klassenlosen Gesellschaft, ist verführerisch für alle Opfer der sozialen Unordnung, die in der freien Wirtschaft liberalkapitalistischer Prägung immer wieder entstehen muß. Er entspringt

der Sehnsucht nach persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, ohne sie je stillen zu können.

*

Die Verkündung der Menschenrechte, die Befreiung des Individuums von überkommenen gesellschaftlichen Fesseln, die Ideale „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ standen an der Wiege unserer Epoche, die dem Fortschritt und der Höherentwicklung der Menschheit dienen wollte. Die grundsätzlichen Baufehler der Gesellschaftsordnung verhinderten die Verwirklichung dieser Ideale, trieben die Länder mehr und mehr in wirtschaftliche und politische Krisen hinein, die schließlich die Weltkriege des 20. Jahrhundert verursachten. Die wirtschaftlichen Krisen mit ihren sozialen Spannungen riefen die revolutionäre marxistische Arbeiterbewegung hervor, die durch die Leningrader Revolution von 1917 mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Ideale der klassenlosen Gesellschaft und der persönlichen Freiheit verwirklichen wollte. Sie führte zu der vollkommenen Vernichtung menschlicher Würde und zu einer Klassenherrschaft, so rücksichtslos und total wie sonst nirgends auf der Welt.

Die Epoche des liberalen Kapitalismus ist zu Ende. Das „Laissez-faire — laissez-aller“ scheiterte an dem Mangel eines soliden Fundaments der Gesellschaftsordnung. Die Sperre des Grund und Bodens durch das private Grundeigentum verhinderte den freien Zugang zum Boden und seinen Schätzen, erzeugte nach innen Monopolherrschaft und Klassenkampf und nach außen den Völkerkrieg. Die durch den technischen Fortschritt ermöglichte rasche Kapitalbildung führt in der liberalkapitalistischen Wirtschaft zu einer ständigen Bedrohung des arbeitslosen Einkommens aus den Kapitalerträgen, und die dann einsetzende Vorliebe für die Liquidität entzieht der Wirtschaft das zu ihrem störungslosen Ablauf notwendige Tauschmittel und ruft Wirtschaftskrisen hervor. Mit zunehmendem technischem Fortschritt werden diese Krisen in Permanenz auftreten, im Bereich des Soziallebens ständige Kämpfe verursachen, im Bereich der Politik die demokratischen Mittel unwirksam machen und in autoritäre Staatsführung und Diktatur verschiedener Farbe einmünden.

Zwei Wege werden gegenwärtig beschritten, um den liberalen Kapitalismus zu überwinden. Der eine Weg wurde in Leningrad eingeschlagen und seine Spuren schrecken. Der andere will die Wirtschaftskrise mit den Mitteln staatlicher Investitionsplanung überwinden, wie dies in verschiedenen Ländern bereits im Gange ist. Damit kann aber nur eine zeitliche Verlagerung der Krise erreicht werden. Die Staatsverschuldung wird immer größer, der Steuerdruck härter, die Wirtschaft zunehmend der Bürokratisierung ausgeliefert

und schließlich die Produktivität der Wirtschaft stark herabgesetzt. Das Ende dieser Planung kann ebenfalls nur in einer Aufhebung der persönlichen Freiheit und einer allgemeinen Kollektivisierung des Menschen und seiner Lebensäußerungen bestehen.

Beide Wege führen zu Niedergang und Auflösung, zur Versklavung des Menschen.

✱

Eine natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft kann in jedem Lande errichtet werden, wenn die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Von ihr können keine Störungen der Beziehungen zur Außenwelt ausgehen, wie sie mit liberalkapitalistischen oder planwirtschaftlichen Ordnungen untrennbar verbunden sind; denn zur Sicherung dieser Sozialordnung nach außen dienen der Freihandel mit Verzicht auf Subvention und Protektionismus und Freizügigkeit von Menschen, Waren, Diensten, Geld und Kapital im gegebenen politischen Bereich.

Die Indexwährungspolitik hat ihre historische Bewährung in dem amerikanischen Wirtschaftsaufschwung von 1921 bis 1929 hinter sich. Sie ist gescheitert, weil der Geldbesitz dem Hang zur Liquidität frönen konnte. Der Umlaufsantrieb des Geldes wird diesen Hang wirksam überwinden und die segensreichen Folgen der Indexwährung für die Dauer sichern. John Maynard Keynes hat den daraus sich ergebenden Zustand mit den Worten beschrieben, er würde ... „doch den sanften Tod des Rentners bedeuten und folglich den sanften Tod der sich steigernden Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten. Kapitalzinsen sind heute keine Belohnung für ein wirkliches Opfer, so wenig wie die Pachtzinsen von Land. Der Besitzer von Kapital kann Zinsen erhalten, weil das Kapital knapp ist, weil das Land knapp ist. Aber während an sich Gründe für die Knappheit von Land bestehen mögen, bestehen an sich keine Gründe für die Knappheit des Kapitals.“ Wirtschaftlich wird die durch die Arbeitskräfte, den Fleiß, die technischen Einrichtungen und die vorhandenen Mittel mögliche Erzeugung in einem ständig ausgeglichenen Wirtschaftsverlauf zu einem stets wachsenden Wohlstand führen. Zeitweise haben bereits die liberalkapitalistischen Länder diese Möglichkeit erkennen lassen. Grundrenten- und Zinskapitalismus haben aber noch niemals alle vorhandenen Mittel und Kräfte für die Dauer zusammengeführt und noch niemals das Sozialprodukt in einer Größe erzeugt, wie es auf Grund der gegebenen Tatsachen möglich gewesen wäre, und niemals wurde das geschmälerete Sozialprodukt gerecht verteilt. Regelmäßig haben kurze Perioden des Aufstiegs in Krisen, Klassenkämpfen und Völkerkrieg geendet. Das aber, was die historische Erfah-

rung bis jetzt gezeigt hat, bleibt weit hinter dem zurück, wozu die menschlichen Fähigkeiten, die vorhandenen Schätze der Natur und die technischen Einrichtungen das Menschengeschlecht in einer natürlichen Sozialordnung befähigen.

Eine natürliche Lebensordnung macht die Freiheit möglich und notwendig, sie wird zu den höchsten Ergebnissen für Individuum und Gemeinschaft führen.

In der freien Wirtschaft liberalkapitalistischer Prägung haben die Wirtschaftskrisen, die sozialen Spannungen und die kriegerischen Auseinandersetzungen dem Menschen Lebensangst eingejagt, ihn an der Freiheit müde gemacht und nach Sicherheit rufen lassen. In allen Ländern wurde dem Streben nach Sicherheit zunehmend die Freiheit geopfert mit dem sichtbaren Ergebnis, daß auch diese vermeintliche Sicherheit immer wieder zerbrach. Der Mensch, der Freiheit und der Sicherheit beraubt, hat schließlich sein Selbstbewußtsein und seine Würde verloren.

Die natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft gibt jedem Menschen, der arbeiten will, die Sicherheit, eine seinen Anlagen und seinen Neigungen entsprechende Arbeit mit ungeschmälertem Arbeitsertrag zu finden. Auch der letzte in der Rangordnung der Leistung wird sein Leben auf einer viel höheren materiellen Grundlage führen können, als es bisher mit allen angeblich sozialpolitischen Einrichtungen des Staates möglich gewesen ist.

Eine Wirtschaft in Freiheit und Wohlstand wird aber für Arbeitsunfähige, Alte und Kranke weit besser und leichter sorgen können, als es die ewig zerrüttete Sozialordnung der Vergangenheit vermochte.

In dieser natürlichen Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft sind die Dinge gesellschaftlich geregelt, die gesellschaftlich geregelt werden müssen: das Verhältnis des Menschen zum natürlichen Monopol des Grund und Bodens und zwangsweise Abhängigkeit der Menschen voneinander in der Arbeitsteilung. Der Mensch ist freier Herr seiner Entscheidung über die Wahl des Berufs, des Wohnorts und seiner Lebensgestaltung.

Über das rein Wirtschaftliche hinaus ist es dem freien Menschen gegeben, sich in freien Gemeinschaften religiöser, weltanschaulicher und kultureller Art zusammenzuschließen und seinen Wünschen und Neigungen entsprechend frei zu leben.

Der Staat wird auf allen Gebieten weitgehend abgebaut:
Das Rechtswesen wird auf das unerläßliche Mindestmaß zum Schutze gesellschaftlich notwendiger Einrichtungen beschränkt.

Presse- und Redefreiheit, Religions- und Glaubensfreiheit werden selbstverständlich.

Die Lehr- und Lernfreiheit an den Hochschulen wird vollständig hergestellt; bei wachsendem Wohlstand werden, allen Arbeitenden zugänglich, vom Staate unabhängige freie Schulen im freien Wettbewerb miteinander entstehen, die die Vielfalt der menschlichen Möglichkeiten auch in der Erziehung und Bildung zum Ausdruck kommen lassen und schließlich die staatliche Schule überflüssig machen.

Die als Sozialpolitik bezeichneten vielfältigen Zwangsmaßnahmen des Staates werden im Zuge der Entwicklung ersetzt durch billigere und leistungsfähigere Einrichtungen, die im freien Wettbewerb zwischen freien Unternehmern und freien Arbeitern und Angestellten in freien Zusammenschlüssen entstehen.

Die Beschränkung des Staates auf die gesellschaftlich unerläßlichen Aufgaben verringern seinen Aufwand, setzen viele Kräfte für eine steigende Erzeugung in der Wirtschaft und für ein Aufblühen des kulturellen Lebens frei.

Als Folge dieser Maßnahmen kann die Besteuerung auf einen kleinen Bruchteil der bisher üblichen zurückgeschraubt werden. Die Steuerpflicht wird auf das Einkommen beschränkt, Steuergerechtigkeit geschaffen und die Finanzverwaltung beträchtlich vereinfacht.

✱

Für die Verwirklichung der Idee der natürlichen Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft gilt das Wort Schillers: „Die Vernunft hat geleistet, was sie leisten kann, wenn sie das Gesetz findet und aufstellt. Vollstrecken muß es der mutige Wille und das lebendige Gefühl. Wenn die Wahrheit im Streit mit Kräften den Sieg erhalten soll, so muß sie selbst erst zur Kraft werden und zu ihrem Sachführer im Reiche der Erscheinungen einen Trieb aufstellen; denn Triebe sind die einzigen bewegenden Kräfte in der empfindenden Welt. Hat sie bis jetzt ihre siegende Kraft noch so wenig bewiesen, so liegt dies nicht am Verstande, der sich nicht zu entscheiden wußte, sondern an dem Herzen, das sich verschloß, und an dem Triebe, der nicht für sie handelte.“

Über diesen Fortschritt im Reich der Gedanken hinaus hat die praktische Erfahrung Jahr für Jahr immer neue, oft sehr kostspielige Bestätigungen geliefert, so daß dem Gebrauch dieser Erkenntnisse von der Vernunft her nichts mehr im Wege steht. Uns ist aufgegeben, die Folgerungen in der Tat zu ziehen.

Die mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der Französischen Revolution eingeleitete Epoche des Liberalkapitalismus geht in den Zuckungen schwerer weltpolitischer Krisen zu Ende. In dieser permanenten weltpolitischen Krise wird zwar noch oft und viel von persönlicher Freiheit, Menschenwürde und sozialer Gerechtigkeit gesprochen, aber nirgends sehen wir die sachlichen Voraussetzungen dafür gegeben. Kollektivistische Staatsgebilde scheiden der Natur der Sache nach von vornherein aus. Aber auch in den Ländern der Welt, die noch glauben, auf dem Boden der Freiheit und Demokratie zu stehen, geht im 20. Jahrhundert ein verhängnisvoller Zug zum Kollektivismus, zur staatlichen und bürokratischen Ordnung aller Fragen des Daseins, ein beängstigender Zug zur Autorität und Despotie. Mit den herkömmlichen Mitteln der Politik wird es nicht mehr möglich sein, diesen Zug aufzuhalten und die Sache der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit wirksam zu vertreten.

So bietet unsere von Krisen und Kriegen geschüttelte Welt scheinbar nur trübe Aussichten auf ein künftiges Leben ohne Hoffnung. Der gefährdete und geschundene Mensch droht in einem Dauerzustand gleichgültiger Teilnahmslosigkeit zu versinken und darin leicht das Opfer von politischen Abenteurern zu werden, die zwar sehr kurz-sichtig, aber stets zu entschlossenem Handeln bereit sind.

Und dennoch können wir eine festgefügte Lebensordnung schaffen, die den Menschen und seine persönliche Freiheit sichert und ihm die soziale Gerechtigkeit zuteil werden läßt.

Kein Zeitalter hat durch die fehlerhaften Einrichtungen seiner Wirtschafts- und Sozialordnung den Menschen so gefährdet wie das unsere; noch nie ward der Mensch an Leib und Seele so gequält und geschunden, noch nie in diesem Maße seiner Freiheit und Würde beraubt und der Gewalt ausgeliefert wie jetzt.

Kein Zeitalter erzeugte eine solch tiefe menschliche Zerrüttung, eine solch niederdrückende Hoffnungslosigkeit und einen solch zynischen Nihilismus wie das unsere.

Kein Zeitalter vordem verfügte aber auch so über die Möglichkeiten, eine natürliche Ordnung zu schaffen, wie sie uns gegeben sind: unsere Vernunft ist imstande, sich an den Tatsachen und ihren Zusammenhängen zu orientieren, und sie kann die Konzeptionen überprüfen, die zur Gestaltung unserer äußeren Ordnung verfügbar sind.

Aber kein Zeitalter hat auch alle sachlichen Voraussetzungen zur Schaffung einer natürlichen Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft so beisammen wie das unsere.

Kein Zeitalter vor dem unseren hatte so tiefe Einsichten in die Gesetzmäßigkeiten des sozialen und wirtschaftlichen Lebens.

Kein Zeitalter vor dem unseren hatte die zuverlässigen Mittel greifbar, mit denen eine freie und gerechte Sozialordnung eingerichtet werden kann, die den Menschen gedeihen läßt.

Noch kein Zeitalter verfügte über eine so hochentwickelte Technik, eine so umfassende wissenschaftliche Beherrschung der Methoden, um mit dem unübersehbaren Reichtum an Kräften und Mitteln Armut und Not zu überwinden und einen allgemeinen Wohlstand zu schaffen, wie das unsere.

So liegt es nun an uns, den mutigen Willen und das lebendige Gefühl zu erwecken, um das von der Vernunft gefundene Gesetz zu vollstrecken, eine freie Welt zu bauen, in der die persönliche Freiheit verwirklicht ist unter der Bedingung der sozialen Gerechtigkeit.

Aus einem Brief Otto Lautenbachs an einen Jungen

„Du wirst, unabhängig von den Verhältnissen, die Du in Deinem Lebenskampf antreffen wirst, diesen bestehen. Dafür ist Dir alles mitgegeben. Aber darauf allein kommt es nicht an. Wir wollen unablässig, Dir und Deiner Generation verpflichtet, dafür kämpfen, daß Ihr eine bessere, schönere Lebenswelt antreffen werdet, nicht um in ihr ein paar Mark mehr zu verdienen, sondern einzig und allein darum, damit Ihr Eure Kräfte nicht mehr aufreiben müßt in dem erbärmlichen Kampf um das Stück Brot, um das Dach über dem Kopf, um die Kleider, die Ihr braucht. Wir wollen alles tun, um Dir und Deiner Generation beim Eintritt in den Kampf ums Dasein eine Welt zu geben, in der die materiellen Fragen an die zweite Stelle gerückt werden können und Ihr Eure wertvollen menschlichen Kräfte üben und wirken lassen könnt im Dienste der höheren Lebensaufgaben, damit Ihr frei sein könnt für den Kampf um eine aufwärtsstrebende Kultur, um einen vorwärtsstürmenden Geist und eine erfüllte Seele! Ihr sollt frei von lebenshemmenden Gewalten leben, sollt Eure menschlichen Kräfte entfalten können, die heute aufgerieben oder verschüttet werden in einem unwürdigen Kampf um die nackte Existenz, für den es keine natürliche Erklärung und keine sachliche Notwendigkeit gibt.

Hier liegt die schwere Bürde unserer Pflicht. Wenn Du in den Lebenskampf eintrittst, dann sollst Du uns sagen können: Ihr habt eure Pflicht getan. Sollten wir indessen unser Ziel nicht erreicht haben, dann sollst Du und Deine Generation freudig mit uns weiterkämpfen können in dem Bewußtsein, daß hier auch Eure Aufgabe liegt. Das Urteil über uns habt Ihr zu fällen. Auf Euch, auf die Zukunft allein kommt es an. Wir haben nicht umsonst gelebt, wenn Ihr Euch einst als unsere Freunde bekennen könnt...“

Dein OL

geschrieben in „Schule der Freiheit“ Mai 1933

Zur Frage der Geldwertstabilität

Die Gefährdung unserer Geldwertstabilität durch die gegenwärtige Welle des Inflationsimportes macht uns nach wie vor Sorge und erfordert zwingend tatkräftiges Handeln der Regierung, wenn man es mit der Geldwertstabilität ernst meint. Es ist tief zu bedauern, daß gegenüber einer Verstopfung dieser Quelle der Geldwertgefährdung durch eine entsprechende Wechselkurspolitik wiederum Befürchtungen geäußert werden, die nicht zutreffen, wofür ja inzwischen nicht nur theoretische Überlegungen, sondern auch praktische Erfahrungen sprechen. Es ist einfach unrichtig, daß man zu fürchten hätte, Wechselkursmaßnahmen würden Gewinne und Exporte dämpfen. Das wird vielmehr unter allen Umständen geschehen, soweit nicht durch eine preisstabilisierende Wechselkursberichtigung, dann durch entsprechende Preis- und Kostensteigerungen mit dem gleichen Effekt. Genau dies hatte sich auch bei der vorigen Welle des Inflationsimportes gezeigt: soweit die DM-Aufwertung 1961 durch ihren späten Termin und ihre geringe Bemessung nicht ausreichte, erfolgten alternativ (nicht zusätzlich) Preis- und Kostensteigerungen, die ebenso auf Exporte und Gewinne drückten.

Der bedenklichen Illusion, als würde der Widerstand gegen eine Wechselkursberichtigung, die Aufrechterhaltung eines falsch gewordenen Wechselkurses den beteiligten Wirtschaftsbereichen einen Vorteil bringen, ist ferner entgegenzuhalten, daß es sich keinesfalls darum handelt, willkürlich an der Exportschraube zu drehen, dessen Volumen zweifellos nicht durch politische Maßnahmen dauernd manipuliert werden kann. Gerade dieses willkürliche Manipulieren würde aber unterbleiben, wenn man zu beweglichen Wechselkursen (zumindest in Form einer Bandbreiten-Erweiterung) übergeht; denn bewegliche Wechselkurse bewirken Neutralität in beiden Richtungen, sie halten eine künstliche Begünstigung durch Preisniveausteigerungen im Ausland, die zunächst zu Übersteigerungen verleitet, ebenso fern, wie sie dann die Beseitigung einer solchen Verfälschung unnötig machen.

Bei den gegenwärtigen Mängeln des internationalen Währungssystems dienen feste Wechselkurse nicht einer Konvertibilität bei stabilem Binnenpreisniveau. Bewegliche Wechselkurse aber erhalten die reale Beständigkeit der Grundlagen für Außenhandel und internationalen Kreditverkehr aufrecht, fangen Störungen durch Preisniveausteigerungen anderer Länder und Zahlungsbilanz-

verzerrungen geschmeidig ab und neutralisieren sie, so daß willkürliche und ruckartige Störungen der Außenhandelsbeziehungen vermieden werden.

Bei diesen Problemen handelt es sich nicht um jenen völlig unumstrittenen Export, der den Notwendigkeiten unserer engen Verflechtung in der internationalen Arbeitsteilung entspricht und auf unternehmerischer Leistung beruht, sondern um einen kleinen Zusatzexport, der auf der künstlichen Begünstigung durch einen falsch gewordenen Wechselkurs beruht, bei beweglichen Wechselkursen gar nicht erst zustandekommt und einen Inflationsimport bewirkt. Dieser Exportteil verschwindet unter allen Umständen, wenn nicht durch eine Wechselkursanpassung, dann durch Preis- und Kostensteigerungen. Die Unternehmer verlieren also nicht nur nichts, wenn sie einer solchen Wechselkursanpassung zustimmen, sondern sie dienen der Geldwertstabilität, vermeiden das Odium einer künstlichen Exportbegünstigung durch einen falschen Wechselkurs, wirken einer Überhitzung des Arbeitsmarktes und einer sozialpolitischen Agitation entgegen, die ihnen den - ungerechtfertigten - Vorwurf einträgt, es sei ihre Preispolitik, die das Preisniveau in die Höhe treibe.

Falsch ist auch die Bemerkung, am Wechselkurs könne deshalb nichts verändert werden, weil nur in einigen, nicht in allen Ländern, in die wir exportieren, eine Preisniveausteigerung stattgefunden habe. Diese Beobachtung ist zwar richtig, besagt jedoch nichts über die Richtigkeit des Wechselkurses, der immer nur für die Gesamtheit aller übrigen Währungen gelten kann und stets einen Mittelwert des Verhältnisses zu allen anderen Währungen darstellt, wohlgewichtet nach dem Umfang der Handelsbeziehungen und des Kapitalverkehrs zu den verschiedenen Ländern. Wollte man mit dieser Begründung eine Wechselkursanpassung zurückweisen, so würden andernfalls bei uns Preis- und Kostensteigerungen eintreten, mit der Wirkung einer allgemeinen Erschwerung unserer Wettbewerbsfähigkeit, also ebenso unvermeidlich auch gegenüber denjenigen Ländern, die ihr Preisniveau nicht haben ansteigen lassen.

Auch bei der Prüfung dieses Arguments zeigt sich also, daß es eine ganz unbegründete Befürchtung ist zu meinen, es sei die Wechselkursanpassung, die eine Dämpfung von Exporten und Gewinnen herbeiführe. Die Wechselkursanpassung ist vielmehr nur eines der beiden denkbaren Verfahren, die Dämpfung selber dagegen, die jenen kleinen, aber geldwertgefährdenden Zusatzexport wieder zurückführt (nicht durch absoluten Rückgang, sondern nur durch Verlangsamung des weiteren Zuwachses), ist ganz unvermeidlich. Sie kommt unter allen Umständen, auch ohne unser Zutun, dann eben

unweigerlich durch Preis- und Kostensteigerungen. Das ersparen uns auch nicht jene im In- und Ausland vertretenen Pläne, welche Devisenüberschüsse mit Kapitalreichtum verwechseln und irrigerweise Kapitalexport für ein Mittel zur Bekämpfung des Inflationsimportes halten. Auch durch sonstige Maßnahmen der Konjunkturpolitik kann man nicht speziell jener Geldwertgefährdung nachhaltig entgegenwirken, die auf den außerwirtschaftlichen Verzerrungen über den falsch gewordenen Wechselkurs beruht.

Die konjunkturpolitischen Empfehlungen der EWG sind ihrem Inhalt nach sehr zu begrüßen, können uns aber, wenn sie überhaupt befolgt werden, nur gegen künftige weitere Wellen des Inflationsimportes (und nur soweit sie aus EWG-Ländern kommen) helfen, nicht gegen diejenige Welle, die jetzt bereits im Gange ist. Ein Ersatz für Abschirmungsmaßnahmen, wie sie in beweglichen Wechselkursen zur Verfügung stehen würden, sind diese EWG-Empfehlungen also nicht. Ebenso wenig sind die geplanten Zollsenkungen und die sehr problematische Besteuerung von Rentenwerten im Besitz Gebietsfremder oder Maßhalteapelle an die Sozialpartner ein Ersatz für konjunkturpolitische Tätigkeit der Bundesregierung. Eine begrüßenswerte Nebenwirkung der Konjunkturdiskussion in der EWG wäre es aber, wenn es gelänge, Frankreich mit der konjunkturpolitischen Begründung zu einer Senkung des EWG-Außenzolles zu bewegen, weil wir damit zugleich unserem ordnungspolitischen Ziel, die EWG mit einem niedrigen Außenzoll weltoffener zu machen, näher kommen würden.

Wolfgang Frickhöffer

1. Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft
Soziale Marktwirtschaft E. V. Heidelberg

Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus dem Rundbrief Nr. 7/64 vom 9. Juni 1964 der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft.

Zur Währungspolitik

Die Bedeutung des Aufsatzes „Auf der Suche nach der Stabilität“ von Prof. Dr. L. Albert Hahn in der FAZ vom 9. April 1964, der den bescheidenen Untertitel „Bemerkungen zur deutschen Währungslage“ trägt, kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Denn indem Prof. Hahn die Schwierigkeiten, die der Lösung des Zahlungsbilanzproblems im Wege stehen, im einzelnen untersucht, zeigt er damit auch klar die Verantwortlichkeit der Männer des Internationalen Währungsfonds für — letztlich — das Schicksal der freien Welt. Denn wenn es nicht

rechtzeitig gelingt, aus Vernunft und Einsicht das derzeitige Währungssystem durch die Einführung flexibler Wechselkurse voll funktionsfähig zu machen, dann dürfte das Pendel der Weltmeinung eines Tages umschlagen und uns eine Reihe von Parlamenten und Regierungen bescheren, die — zwar ganz gewiß aus vermeintlicher Liebe zum Menschen — aus der ihnen nun aber einmal eigenen Unkenntnis der Zusammenhänge von Selbst-Verantwortlichkeit und Menschen-Würde auf absehbare Zeit die Freiheit in Bürokratie, Dirigismus und schließlich auch noch zunehmender Verarmung ersticken lassen.

Es gibt also, wie Prof. Hahn (wie übrigens auch gerade kürzlich Prof. Lutz, Zürich) in so klarer Weise nachgewiesen hat, nur dieses eine wirkliche Heilmittel gegen Inflationsimport und nachhaltige Zahlungsbilanzungleichgewichte: den freien, flexiblen Wechselkurs. Jeder andere vermeintliche Lösungsversuch kann letztlich nur immer tiefer in die Sackgasse des Dirigismus hineinführen. Daß aber diesmal die Verantwortlichkeiten für das Schicksal der freien Welt so klar erkennbar geworden sind, dafür dürfen wir Prof. Hahn besonders dankbar sein.

Freilich ist damit nun noch nicht gesagt, daß die Verantwortlichen sich ihrer Irrtümer überhaupt bewußt sind bzw. daß sie, falls ihnen eine Ahnung vom richtigen Wege aufdämmern sollte, in ihrer Erkenntnis schon so gefestigt sind, diesem zu folgen. Gerade die Nummer der FAZ, in der Prof. Hahns Aufsatz erschienen ist, bringt ja einige eklatante Beweise für die Stichhaltigkeit dieser Vermutung. Um so dringender muß der Appell an die Vernunft, an den Sinn für das bonum commune, an den Gerechtigkeitssinn sein, Prof. Hahns Analyse und die sich daraus ergebenden Thesen genauestens zu prüfen und die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Ein Appell, der nach Lage der Dinge vor allem unsere Bundesbankleitung, schließlich aber auch u. U. den Herrn Bundeskanzler selbst angeht. Möge diesen Politikern die Kraft zur Verfügung stehen, die maßgeblichen Männer des Internationalen Währungsfonds noch rechtzeitig zu veranlassen, ihre bisherige Feste-Wechselkurs-Politik aufzugeben und flexible Wechselkurse einzuführen. Denn wenn wir nicht in der Zeit das Notwendige aus Freiheit tun, so wird uns in der Not kein Gott davor schützen, daß unsere Freiheit mitsamt unserer Würde in einer neuen Nacht des Dirigismus noch einmal untergehen. Was die Problematik der Geldpolitik selbst betrifft, so seien hier noch einige Hinweise erlaubt. Wenn es wahr wäre, was Professor Dr. Rudolf Stucken in der FAZ vom 2. Mai schreibt, nämlich „daß nicht nur die Notenbank zur Geldschöpfung befähigt ist, sondern auch die Kreditinstitute“ und daß „kein Zweifel mehr daran bestehen“ könne, „daß die Kreditinstitute auch im Gegensatz zur Notenbank Geldschöpfung betreiben können“, womit nicht mehr und nicht weniger gesagt wird, als daß letztlich auch die Kreditinstitute für unsere Inflation mitverantwortlich seien, wenn dies wahr wäre, dann allerdings träfe der Appell von Prof. Hahn teilweise ins Leere. Es scheint mir deshalb eine unabdingbare Voraussetzung aller weiteren Diskussion über die Ursachen der Inflation und der Zahlungsbilanzungleichgewichte, daß dieses Problem raschestens endlich befriedigend geklärt wird.

M. E. dürfte es sich dann bald herausstellen, daß alle Theorien von der vermeintlichen Geldschöpfungsmacht der Banken auf dem Irrtum beruhen, daß Kredite dem ursprünglichen Gelde gleichgesetzt werden könnten. Tatsächlich können Kredite aber doch nur insoweit gewährt werden, als Depositen bei den Kreditinstituten im Verhältnis der Mindestbarreserven-Vorschrift r u. h. n.

Auch bei der allergrößten Aussicht auf gewinnbringende Geschäfte können die Kreditinstitute bei ihrer Kreditgewährung niemals über einen ganz bestimmten, durch die Höhe der täglich fälligen Einlagen bedingten Rahmen hinausgehen. Wozu des weiteren noch bemerkt werden muß, daß conto-corrent-Kredite stets nur insoweit in Anspruch genommen werden, als damit tatsächliche wirtschaftliche Umsätze vorgenommen werden sollen. Solche Kredite stellen also nicht zusätzliches Geld dar, dem keine Ware gegenübersteht, wie dies bei anhaltenden Zahlungsbilanzüberschüssen der Fall ist, sondern sie bedeuten nichts anderes als eine beschleunigte Umlaufgeschwindigkeit des tatsächlich von den Notenbanken ursprünglich ausgegebenen Geldes. Selbstverständlich ist diese Umlaufgeschwindigkeit nicht gleichbleibend, sie steigert sich bei Hochkonjunktur, sie sinkt ab in Baissezeiten. Aber einmal durch eine hohe gleichbleibende Konjunktur auf eine bestimmte maximale Umlaufgeschwindigkeit gebracht, kann bei gleichbleibender von der Notenbank in Umlauf gebrachter Geldmenge kein Kredit mehr über eine bestimmte Grenze hinaus eingeräumt werden, d. h. kann der Geldumlauf nicht mehr weiter beschleunigt werden. Von der für die Bereitstellung der Geldmenge verantwortlichen Zentralnotenbank hängt also ausschließlich auch die von den Kreditinstituten gewährte Höhe der kurzfristigen Kontokorrentkredite ab. Und deshalb hängt es auch einzig und allein von der Notenbankleitung und ihrer oder der von ihr mitgemachten Währungspolitik ab, welche Konjunktur in einem Lande herrscht.

Es bleibt noch ein anderes besonders wichtiges Problem zu erwähnen, das Problem der Erhaltung der Dauerkonjunktur. Gesetzt den Fall, es gelänge, flexible Wechselkurse durchzuführen und damit die ersehnte Geldwertstabilität zu erlangen: würde dann nicht bald auch

bei uns, genau wie in den USA, das Kapitalangebot so reichlich werden, daß die Zinssätze soweit absinken, daß das Kapital zugunsten des Li-quidebleibens auf weitere Investition verzichtet, ins Ausland abwandert und dadurch im Inland eine Deflationskrise auslöst? Die USA begegnen diesem Problem durch ihre Haushaltsdefizite, d. h. also durch Geldvermehrung, und wenn auch die festen Wechselkurse das Geld aus dem Lande herauslocken, so bleibt der durch die Inflation erzielte Investitionszwang dennoch auch innerhalb der USA wirksam. Was aber würde geschehen, wenn die Währung dank der flexiblen Wechselkurse stets stabil bliebe? Wie kann man dann das Geld im Umlauf halten, d. h. konstant nach Gütern und Dienstleistungen, insbesondere nach Investitionsgütern Nachfrage halten lassen? Zumal dann, wenn die Rendite allmählich immer weiter absinkt? Wird nicht dann das Geld geradezu zwangsläufig in die kapital schwachen Länder abwandern und — analog dem Zustand in der USA heute — hier eine relative Deflationskrise erzeugen? Selbst wenn man nun auch annehmen darf, daß der Kapitalexport als Ausdruck eines gewissen Reichtums dem kapitalexportierenden Lande erhebliche Zinsgewinne einbringt, so wird aber niemals das ganze Land der Nutznießer dieser Situation sein, sondern eben nur die kapitalbesitzende, relativ kleine Schicht, das Volk in seiner Mehrheit aber wird unter der dann zu erwartenden Dauerdeflation zu leiden haben. Und zwar so lange, als es in der Welt noch rentablere Investitionsmöglichkeiten gibt als bei uns, und selbst darüber hinaus immer weiter, da bei immer größerer Kapitalfülle in der Welt die Rentabilität des Kapitals zwangsläufig immer kleiner werden muß.

So zeigt es sich also, daß die Einführung flexibler Wechselkurse zwar mit einem Schlage den Infla-

tionsimport zum Stillstand bringen und damit die so dringend erwünschte Stabilität erzielen würde, daß jedoch zugleich mit ihr wieder die Gefahr der Deflationskrise auftauchen würde, einer Form der Krise, die zu fürchten wir alle Ursache haben und der auch die Amerikaner unter allen Umständen aus dem Wege gehen. Mangels eines besseren Weges wählen sie das deficit spending, das Prof. Hahn wohl nicht ganz ohne Ironie als das „American way of life“ apostrophiert hat. Wären wir aber nicht schon ganz bald nach der Einführung der flexiblen Wechselkurse auch gezwungen, in ähnlicher Weise unser Geld durch Inflation unter Umlaufzwang zu setzen, damit die Konjunktur und damit der Lebensstandard der Massen erhalten bleibt.

Was also tun? Müssen wir wirklich resignieren? Das herrschende Bretton Woods-System bringt uns zwar, von den USA immer wieder ausgehend, anhaltende Inflation. Die gesteuerte Inflation ist aber auch wiederum die Voraussetzung unserer Dauer-Konjunktur. Was ist nun wichtiger: Dauer-Konjunktur und damit verbunden steigender Wohlstand aller Arbeitenden oder Geldwertstabilität und damit aber auch verbunden anhaltende Unterbeschäftigung? Oder gibt es noch einen dritten Weg, der in zuverlässiger Weise den Geldumlauf und damit die Konjunktur dauernd sichert, ohne die Geldwertstabilität im geringsten zu beeinträchtigen? Wenn die freie Welt frei bleiben will, muß diese Frage bald positiv beantwortet werden.

Fritz Penserot

Fortsetzung auf Seite 49

Buchbesprechungen

Das Institut für soziale Gegenwartsfragen, Berlin, bemüht sich zur Zeit um die Verbreitung einer von Herrn Hartwig Wilken, Freiburg/Br., verfaßten „sachkundigen Auseinandersetzung“ über das kürzlich im Westdeutschen Verlag, Köln und Opladen erschienenen Buch von Dr. Heinz Hartmut Vogel, „Jenseits von Macht und Anarchie“. Diese Besprechung interpretiert — unbewußt oder bewußt — ganz bestimmte Auslegungen in das Buch hinein, mit der Tendenz, die Ziele, die mit seiner Herausgabe verfolgt werden, nämlich für die Idee der Freiheit in unserer Zeit eine Bresche zu schlagen, zu vereiteln. Diese Tendenz, d. h. diese gegnerische Haltung des Verfassers der „sachkundigen Auseinandersetzung“ ist nicht verwunderlich, sondern sogar verständlich, aus seiner bekanntermaßen sozialistischen Einstellung (besonders bezüglich der Wirtschaft) heraus, die der Wirtschaft eine Instanz überordnen möchte, deren Entscheidungen Rechtskraft haben und staatlich legalisiert sein sollen — also eine wirtschaftliche Planungs- und Lenkungs-Behörde.

Wir behalten uns vor, in einer der nächsten Folgen von „Fragen der Freiheit“ eine berichtigende Erwiderung auf die Wilken'sche Besprechung abzudrucken.

Es folgen hier noch einige Besprechungen des Buches von Dr. H. H. Vogel:

— Jenseits von Macht und Anarchie

Heinz-Hartmut Vogel: „Jenseits von Macht und Anarchie“, Westdeutscher Verlag Köln und Opladen. 156 Seiten, kartoniert 24,— DM, Leinen 27,— DM.

Dr. H. H. Vogel über den Staat als sich selbst regulierender Organismus „Die Sozialordnung der Freiheit“ ist der Untertitel einer Schrift von Heinz-Hartmut Vogel, Heidenheim, die im Westdeutschen Verlag Köln und Opladen unter dem programmatischen Titel „Jenseits von Macht und Anarchie“ erscheint. Der Autor liefert jedoch kein perfektes Programm, wie man befürchten oder hoffen könnte — der Raum zwischen Macht und Anarchie böte gewiß Spielraum für mancherlei Programme —, sondern er versucht sich in der einzigen Möglichkeit, nämlich in einer sehr sorgfältigen und klaren Definition des Freiheitsbegriffs und der sich daraus zwangsläufig ergebenden Ordnung eines freiheitlichen Gemeinwesens. Der Untertitel „Die Sozialordnung der Freiheit“ wurde darum zu Recht gesetzt, denn es gibt demzufolge nur diese eine.

Heinz-Hartmut Vogel, der von Beruf Arzt ist, weiß um die natürliche und sich selbst bestimmende Ordnung des Organismus, als welchen er auch den Staat versteht; als Soziologe aus Passion sieht er ein Gemeinwesen, in dem der Mensch als gesellschaftliches Wesen, das er bei aller Betonung seiner Individualität bleibt, die ihm obliegenden Funktionen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens nach eigenem Ermessen jeweils stärker oder schwächer ausübt, ebenfalls als einen natürlichen, sich selbst regulierenden Organismus. So kann Freiheit von ihm nur verstanden werden als „ordnungspolitischer Maßstab“, der im Gegensatz steht zu der Zweckmäßigkeit jeder Gemeinschaftsideologie und als Recht Aller zur Entfaltung der freien Persönlichkeit.

Raum zur freien Persönlichkeitsentfaltung innerhalb eines Gemeinwesens bieten alle drei großen Lebenskreise (Politik, Wirtschaft, Kultur) gleichmäßig, da sie alle nach dem gleichen Freiheitsprinzip gestaltet werden müssen, wenn nicht der Freiheitsbegriff an sich ad absurdum geführt werden soll. Denn die Freiheit ist unteilbar. Diese Grundsteine: Recht der freien Persönlichkeitsentfaltung für alle — die Freiheit ist nicht teilbar — tragen das vom Autor entworfene Modell einer „Demokratie des innen geleiteten Menschen“. Bei richtiger Auslegung dieser beiden Termini wird auch seine Definition verständlich, Demokratie sei weder eine „Volksherrschaft“ noch eine Uniformierung Aller innerhalb des Staatswesens, sondern bedeute gleiches Recht für alle Bürger ohne jeden Herrschaftsanspruch einzelner oder bestimmter Gruppen.

Notwendigerweise ergibt sich aus dieser Fixierung des Staatswesens die Auseinandersetzung mit dem Rechtsbegriff. So wie es nur die eine Freiheit gibt, kann es nur das eine Recht geben, das sich auf die Wahrheit beruft (wer aber findet sie?). Immerhin machen diese Klarstellungen von Begriffen, mit denen heute sehr bedenkenlos hantiert wird, die Lektüre von Vogels Buch allein schon lohnenswert, denn sie führen zu einer Korrektur des Denkens und zwangsläufig auch des Handelns, ohne welche der Versuch eines Staatswesens jenseits von Macht und Anarchie von vornherein Utopie bleiben muß.

Gewiß ist Vogels Modell eines freiheitlichen, demokratischen Staatswesens ein mutiger und konsequent durchdachter Versuch, eine schon pluralistisch orientierte Gesellschaft in eine natürliche, Allen gerecht werdende Ordnung zu führen. Ob die Gesellschaft im einzelnen bereit sein würde, die sich aus der erwarteten Freiheit ergebende Selbstverantwortung zu tragen, müßte ein Versuch zeigen.

Die äußerst sorgfältig durchdachte und dargestellte Konzeption Vogels, bereichert durch die einzelnen Kapiteln angehängten Vergleiche mit der gegenwärtigen Situation und sehr ergiebigen Literaturanmerkungen im Anhang, ist überzeugend an sich, wirft im Blick auf unsere soziale Substanz wie die traditionelle Gebundenheit an bestehende

Ordnungen aber erhebliche Zweifel an der Möglichkeit ihrer Verwirklichung auf. Denn zu der Möglichkeit einer Verwirklichung muß sich in einem solchen System auch der Wille Aller gesellen.

Dr. Ursula Berends-Blech

(In Neue „Württembergische Zeitung“, Göppingen, vom 26. 3. 1964)

— „Jenseits von Macht und Anarchie“

Ein bemerkenswertes Buch von Dr. Heinz-Hartmut Vogel (Heidenheim).

Die politische Literatur wurde durch dieses kürzlich im Westdeutschen Verlag, Köln, erschienene Buch um einen bemerkenswerten Beitrag ergänzt. „Jenseits von Macht und Anarchie“ — mit dem Untertitel „Sozialordnung der Freiheit“ ist sowohl Auseinandersetzung als Programm.

Methodisch fußen die Untersuchungen Vogels über die menschlichen Seinsbereiche, Wirtschaft, Staat, Kultur auf der von Walter Eucken entwickelten und jetzt wissenschaftlich weiter ausgereiften Methode des Ordnungsdenkens. Das soziale Leben, worunter Vogel den gesamten Bereich menschlicher Lebensäußerungen und menschlicher Lebensbedingungen versteht, ist einem Ordnungsorganismus unterworfen, den es als Ganzes wissenschaftlich in seiner Struktur und Funktionsweise zu erfassen gilt, um Eingriffe in den „dreigliedrigen sozialen Organismus“ verantworten zu können. Der Mensch, als das zur Freiheit geborene Wesen, steht im Mittelpunkt dieser Ordnung — er ist sowohl „Verursacher als auch Gestalter“. „Seine ‚Ordnung‘ wird folgerichtig auch die Ordnungsidee für den Bau des sozialen Organismus abzugeben haben. Für den ‚sozialen Organismus‘ ist der Mensch selber die höchste ‚ordnende Potenz‘, das

organisierende Prinzip. Die Kenntnis seiner Lebensbedingungen vermag allein den Maßstab abzugeben für die ihm gemäße soziale Ordnung.“

Damit aber steht Vogel sowohl wirtschaftswissenschaftlich als rechtlich auf gesichertem Boden, denn sowohl die Eucken'sche Wirtschaftsordnung als auch das rechtsstaatliche Leben (Grundgesetz der BRD) stellen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen den Menschen, dessen vorstaatliche und überpositive Grundrechte sie anerkennen und von denen sie deduktiv die ordnenden Gesetze ableiten. So ist es für Vogel von elementarer Bedeutung, daß der freiheitliche Rechtsstaat seine Aufgabe darin sieht, Machtfaktor zu sein, um das demokratische Gleichheitsprinzip im Rechtsleben zu bewahren, notfalls verteidigen zu können. Im Wirtschaftsleben findet Vogel ein Ordnungsprinzip nur zum Teil verwirklicht, und zwar in der Marktwirtschaft, das heißt, in dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage, das als ständige Initialzündung wirkt für den freien, schöpferischen Unternehmer. Nicht aber kann man von einem Ordnungsdenken innerhalb der betrieblichen Atmosphäre sprechen, in der sich kollektivistische und liberal-egoistische Kräfte oft noch unversöhnlich gegenüberstehen und keinen Weg zu einer gemeinsamen partnerschaftlich gestalteten Betriebsverfassung finden. Von echter sozialer Gerechtigkeit kann man hier nur selten sprechen.

Sein viertes und am ausführlichsten behandeltes Kapitel über das gegenwärtige öffentliche Kulturleben wird, obwohl die Diskussion darüber in letzter Zeit so erfreulich in Fluß gekommen ist, wahrscheinlich am heftigsten auf Widerstand stoßen. Der Traditionsschutz, der auf diesem Sektor ein freiheitliches Denken verhindert, ist noch zu hoch, um dem Gedankengehalt unvoreingenommen und frei gerecht zu werden. Nach Vogel kann dem in Freiheit und zur Freiheit geborenen Individuum kein noch so gutes staatliches Schulsystem gerecht werden, weil der Staat selber — beim besten Willen — unweigerlich in Konflikt geraten würde mit dem Gleichheitsprinzip, das er im demokratisch-rechtlichen Gemeinschaftsleben als fundamentalen Rechtsgrundsatz aufrechterhalten muß.

Dieser Gleichheitssatz auf die Pädagogik übertragen, kann dort schwere Zerstörungen verursachen, da eine demokratische Gesellschaft nur noch dann demokratisch ist, wenn ihre sittlich-seelischen Kräfte nicht durch das staatliche Gleichheitsprinzip, sondern durch ein den individuellen Bedürfnissen und Regungen gerecht werdendes Mannigfaltigkeitsprinzip geweckt und geformt werden. Mannigfaltigkeit in der Erziehung aber verlangt den weitgehenden Rückzug des Staates aus dem pädagogischen Bereich, hebt aber nicht die Verpflichtung auf, als Ordnungsmacht weiter tätig zu sein, um eine „Freie Marktordnung“ zu garantieren, die die Bildung von Kartellen und Monopolen auf dem Bildungsmarkt durch Kirchen, Weltanschauungsgruppen und

Interessenverbänden verhindert.

So entwickelt Vogel eindrucksvoll den Ordnungsgedanken im Kulturleben, aufbauend auf dem Gedanken „des primären Nichtintegriertseins des Einzelnen als ständige neue Ausgangsbasis individueller Integrationsbemühungen.“ Das heißt für ihn, daß der durch individuelle Erziehung geformte Bürger in freier Entscheidung eine Integration in der Gemeinschaft anstrebt und nicht, wie es heute ist, der uniform ausgebildete Bürger als Gegenreaktion ständig nach der Desintegration strebt, um seine Individualität zu beweisen, letztlich aber einem verantwortungsscheuen Kollektivismus Vorschub leistet.

In der streng zu Ende gedachten „freien Marktordnung“ der Kultur zeigt Vogel die Konsequenzen auf für das staatliche Schul-, Prüfungs-, und Berechtigungswesen. Diese Konsequenzen verdienen es, kritisch durchdacht zu werden, um sich darüber klar zu sein, was es heißt, in einer freien Gesellschaft zu leben, die sich nicht in Schlagworten präsentieren kann, wenn sie für den marxistisch-leninistischen Kollektivismus als Gegengewicht wirken und anziehend sein soll. Die freie Gesellschaft verlangt den Mut zu harter Auseinandersetzung, um der Sache der Gerechtigkeit immer wieder ein Stückchen näher zu kommen. Für die Anregung, Argumentation und den Einsatz kann jeder Bürger dieses Staates, dem die Freiheit ernst ist, Heinz-Hartmut Vogel nur dankbar sein.

Andreas Papendieck
(In „Heidenheimer Zeitung“, im Mai 1964)

— „Jenseits von Macht und Anarchie“

Seit den grundlegenden Werken von Röpke und Rüstow ist in der deutschsprachigen politischen Literatur kaum eine grundsätzliche

Auseinandersetzung um die „Sozialordnung der Freiheit“ erschienen. Was vor allem bisher fehlt, ist eine bei allem wissenschaftlichen Anspruch gemeinverständliche Darstellung liberaler Prinzipien in

Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, wie sie in englischer Sprache schon seit etlichen Jahren mit der ausgezeichneten Schrift von Massimo Salvadori „Liberal Democracy“ vorliegt (sie bei uns herauszubringen, wäre übrigens einen guten Übersetzer und Verleger wert!). Die vorliegende Darstellung aus der Feder eines „Amateurs“ im besten Wortsinne kommt darum zur rechten Zeit, zumal da ihr wissenschaftlicher Anspruch in wirklich lesbarem Deutsch vorgetragen wird — in Deutschland leider keine Selbstverständlichkeit! Der Titel ist programmatisch: Es geht dem Autor darum, die traditionelle Kluft zwischen den kollektivistischen Ideologien - der „Macht“ - und dem historischen Liberalismus - der „Anarchie“ - zu überwinden. Dies nun, und das ist erfreulich, nicht im Sinne verwaschener Kompromisse, sondern als „Sozialordnung der Freiheit“, wie der Untertitel des Buches lautet. Grundlage der Darstellung ist zum einen die von Eucken entwickelte Lehre von der Interdependenz der Ordnungen, zum anderen das Gebäude der Ideen Rudolf Steiners, vor allem seine These vom dreieggliederten sozialen Organismus (Staat, Wirtschaft, Kultur). Der Verfasser versteht seine Darstellung selbst als einen — bewußt eigenwilligen — Beitrag zur Ordnungssoziologie, der von einer erkenntnistheoretischen Rechtfertigung des menschlichen Freiheitsanspruchs ausgeht und diesen sodann in allen drei Bereichen zwischenmenschlicher Beziehungen kritisch einordnet.

Ein solcher Ansatz ist überaus fruchtbar, zumal in der Weiterführung der Euckenschen Grundsätze in den Bereich des geistig-kulturellen Lebens. Vogel ist zudem nicht in soziologischer Theorie stekengeblieben, sondern hat jedem Kapitel einen Abschnitt „Zur gegenwärtigen Situation“ angefügt, in dem die Realität der Gegenwart

kritisch oder zustimmend an den zuvor entwickelten Lehrsätzen gemessen wird. Auch wer der Steiner'schen Organismus-Lehre nicht zu folgen vermag, trägt bei der Lektüre manchen Gewinn und manche Anregung zum Weiterdenken davon. Nicht zuletzt ist Vogels Schrift ein interessantes Beispiel dafür, aus welch verschiedenen geistig-religiösen Quellen liberale Haltung gespeist werden kann.

Einige kritische Bemerkungen zur Fortführung der Diskussion seien gestattet. Die Freiheitsidee wird von Vogel im kulturpolitischen Teil vor allem dem bei uns geltenden System der staatlichen resp. öffentlichen Schulen gegenübergestellt — mit dem Ergebnis herber Kritik an der vom Staat beanspruchten Kompetenz zur Gestaltung der Lehrpläne und an der vielfach gewiß bestehenden Benachteiligung der Privatschulen.

Die Freiheitsidee des modernen Liberalismus unterscheidet sich gerade vom anarchischen Individualismus durch ihre Forderung nach einer Rahmenordnung, innerhalb deren Freiheit gilt. Wieso nicht im Schulwesen? Vogel übt hier prinzipielle Kritik, wo es allenfalls darum geht, die Grenzen der staatlichen Schulaufsicht enger zu ziehen — und auch dies mit Vorsicht, solange auf dem Privatschulwesen noch immer die heillose Hypothek der Kämpfe um die Konfessionsschule ruht.

Eine zweite Bemerkung: Vogel selbst grenzt die von ihm entwickelte Freiheitsidee bewußt ab von der Anschauung der frühen Liberalen, Freiheit verwirkliche sich in den zwischenmenschlichen Beziehungen von selbst, wenn man nur die Hindernisse entferne; er übt mit Recht Kritik an der Auffassung, die Gesellschaft tendiere unter der Herrschaft der Freiheit sozusagen automatisch zum harmonischen Gleichgewicht.

So fruchtbar unter erkenntnistheoretischen Gesichtspunkten der „organische“ Ansatz auch ist, so sehr wird man sich davor hüten müssen, daraus unversehens ein absolut geltendes Leitbild zu machen. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sind nun eben nicht „natürlich“, sondern „künstlich“; sie tendieren darum zum Ungleichgewicht, zu Spannung und Konflikt, zur Disharmonie. Diese Tendenz zu bewältigen, stellt die eigentliche Gestaltungsaufgabe

der Politik dar, gerade im Sinne der ordnungspolitischen Aufgabe, wie sie von Vogel erläutert wird.

Diese Bemerkungen wollen nichts als ein Beitrag zum Weiterdenken sein; sie mindern nicht den Dank an den Autor für die im ganzen geglückte Lösung der selbstgestellten Aufgabe, den Ort der recht verstandenen Freiheit deutlich zu machen.

BCW

(In „liberal“, Bonn, im Nov. 1963)

Heinz-Hartmut Vogel:

„Jenseits von Macht und Anarchie“

Die Sozialordnung der Freiheit ist die Aufgabe der Gegenwart. Angesichts der Spannungen zwischen der kollektivistischen Gesellschaftsideologie und dem traditionellen Liberalismus rechtfertigt Dr. Heinz-Hartmut Vogel in diesem Buch den Freiheitsanspruch des Menschen und die konsequente ordnungspolitische Anwendung der Freiheit auf staatlichem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Vielfach wird auch innerhalb der „freien Welt“ Macht mit Ordnung und Freiheit mit Anarchie gleichgesetzt. Vogel will hier aufklärend wirken und legt die Freiheitssphären „jenseits von Macht und Anarchie“ fest. Hinsichtlich der Wirtschaftsordnung betont

der Verfasser, daß die Wirtschaftsverfassung eines Staates nicht von der grundsätzlichen Verfassungsordnung zu trennen ist. Habe sich der Verfassungsgeber für die freiheitliche Ordnung entschieden, gelte sie verbindlich und uneingeschränkt für jedes soziale Gebiet, auch für die Wirtschaft. „Eine freie, demokratische Staatsverfassung ist mit einer Zentralverwaltungswirtschaft nicht zu vereinen.“ Mit Recht weist er auf die Wechselwirkung der freiheitlichen Wirtschafts-, Rechts- und Kulturoordnung hin, die der Staat gewährleisten müsse. Damit ist dieses Buch ein verdienstvoller Beitrag zur Klärung des Begriffes der Freiheit.

(Aus dem Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts, Nr. 25).

Zur Währungspolitik Fortsetzung von Seite 44

Mit der Theorie, die Geldschöpfungsmacht der Banken sei unbestritten, wird für die Währungspolitik eine entscheidende Frage angeschnitten. Worauf es aber ankommt, ist die Frage, wie weit die Geldschöpfungsmacht der Banken geht und ob sie, falls überhaupt erforderlich, im Interesse der Erhaltung der Geldwertstabilität und eines gleichmäßigen Konjunkturablaufes unter Kontrolle gebracht werden muß. Dazu kann folgendes festgestellt werden:

Einer der bedeutendsten Vertreter der Geldschöpfungstheorie, Prof. Dr. Carl Föhl, Tübingen, schreibt in seinem „Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf“ (Zweite Auflage 1955, Seite 86/87):

„... daß das Maximum an Giralgeld, welches die Mitgliedsbanken ihren Kunden einräumen können, bei gegebenen Zahlungssitten jeweils durch das Quantum an Notenbankgeld bestimmt ist, welches die Notenbank dem Banksystem zur Verfügung stellt, und daß eine Schöpfung zusätzlichen Giralgeldes durch die Mitgliedsbanken in einem bestimmten Verhältnis zu dem von der Notenbank zusätzlich geschaffene-

nen Notenbankgeldbetrag möglich ist... und ... daß dieses Verhältnis, unveränderte Zahlungssitten vorausgesetzt, durch keine Manipulationen der Mitgliedsbanken unter sich vergrößert werden kann und daß somit die Zentralnotenbank in einem nicht bargeldlosen System die Möglichkeit besitzt, durch die Menge des Zentralbankgeldes das Höchstmaß der gesamten Geldmenge einschließlich des Bankgeldes der Mitgliedsbanken ebenso eindeutig festzulegen, als wenn der ganze Zahlungsverkehr ausschließlich mit Zentralbankgeld bewerkstelligt würde.“

Und selbst noch bei unserem wohl wichtigsten Vertreter der Geldschöpfungstheorie, Prof. Dr. Erich Schneider, Kiel, heißt es in dessen „Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil. Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung“ (Tübingen 1957, Seite 60):

„Die neuen Kredite werden also nicht etwa von irgendwelchem vorhandenen Geld genommen, sondern werden in neuem, von der Bank selbst geschaffenen Giralgeld zur Verfügung gestellt. Die Bank verpflichtet sich damit, das geschaffene Giralgeld jederzeit in Zentralbankgeld umzutauschen; und das kann sie, wenn sie über eine Überschußreserve in Höhe der geschaffenen Giralgeldmenge verfügt bzw. sich das erforderliche Zentralbankgeld beschaffen kann.“

Und weiter unten:

„Aber auf Grund des im Zuge von Spareinlagen erhaltenen Zentralbankgeldes kann die Bank neue Kredite gewähren, d. h. im Aktivgeschäft neues Giralgeld schaffen, wobei auch wieder nicht das Zentralbankgeld ausgeliehen wird.“

So gibt also selbst Schneider zu — wiewohl er eigentlich den Beweis erbringen will, daß die Kreditbanken das Giralgeld völlig unabhängig von Ersparnissen, Depositen usw. schöpfen können — daß diese Geldschöpfung ohne Verfügbarkeit über Zentralbankgeld nicht möglich ist.

Betrachten wir uns aber nun einmal auch noch folgende Tatsachen. Keine Bank kann mehr Kredit gewähren, als ihr Einlagen zur Verfügung stehen; ja sie muß stets noch so viele Mittel liquide in ihrer Kasse halten bzw. von den Einlagen einbehalten, daß sie jederzeit allen an sie herantretenden Wünschen auf Abhebung der Einlagen gerecht werden kann. Kredit gewähren heißt demzufolge aber letztlich nichts anderes, als bei der Bank vorübergehend ruhendes Geld durch Übertragung auf andere Personen in Umlauf setzen. Und wenn nun auch diese Personen wiederum das ihnen geliehene Geld bei einer Bank einlegen und die Bank auf Grund dieser neuen Einlage ebenfalls wieder Kredit gewähren kann, so heißt auch dies nichts anderes, als das zum zweiten Mal zum Ruhen gekommene Geld erneut in Umlauf setzen. Ein gründliches Durchdenken dieses Vorganges ergibt also, daß es einfach nicht wahr ist, daß die Kreditbanken Geld schöpfen können. Was sie mittels der Kreditgewährung tun, das ist lediglich dieses, daß sie das bei ihnen durch die Einlagen vorübergehend zur Ruhe gekommene Geld rascher wieder in Umlauf setzen, d. h. seiner eigentlichen Bestimmung als Tauschmittel wieder zuführen.

Tatsächlich zeigen denn auch die amtlichen deutschen Statistiken ganz klar, daß die Summe der von den Kreditbanken an Wirtschaft und Private gewährten Kredite in der Zeit zwischen März 1963 und März 1964 einen zwischen rund 80% und 74% der im gleichen Zeitraum jeweils ausgewiesenen Summe der von Wirtschaft, Privaten und deutschen öffentlichen Stellen an Kreditinstitute gegebenen Sichteinlagen beträgt. Um einige Zahlen zu nennen: Im März 1964 betrug die Gesamtsumme der Sicht- und Termineinlagen bei den deutschen Kreditinstituten 69,754 Mrd. D-Mark. Ihr gegenüber betrug die Gesamtsumme der von denselben Kreditinstituten an

Wirtschaft und Private gewährten kurzfristigen Kredite 54,55 Mrd. DM, also 78,2% der Einlagen.

Und noch eine weitere Tatsache ergibt sich aus den angeführten Statistiken: das Verhältnis des Bargeldumlaufes zur Gesamtheit aller Sicht- und Termineinlagen bei den deutschen Kreditinstituten ist trotz ansteigender Konjunktur zwischen März 1963 und März 1964 auffallend konstant geblieben. Die Gesamtheit der Einlagen betrug in dieser Zeit das 2,6- bis 2,8-fache des Bargeldumlaufes. In Zahlen: Im März 1963 24,812 Mrd. D-Mark Bargeldumlauf und 65,225 Mrd. D-Mark Sicht- und Termineinlagen. Im März 1964 25,757 Mrd. D-Mark Bargeldumlauf und 69,754 Mrd. D-Mark Sicht- und Termineinlagen.

Und in ganz entsprechender Weise ist im gleichen Zeitraum das Verhältnis zwischen Gesamt bargeldumlauf und der Gesamtheit aller kurzfristig gewährten Kredite konstant geblieben, wobei diese das 2,0- bis 2,1-fache des Bargeldumlaufes ausmachen.

Diese Andeutungen mögen genügen, zu zeigen, daß von einer Geldschöpfungsfähigkeit der Kreditinstitute im eigentlichen Sinne nicht die Rede sein kann.

Aus dieser Erkenntnis ergeben sich einige sehr ernste Schlußfolgerungen: alle währungspolitischen Vorstellungen und Maßnahmen, die auf der Geldschöpfungstheorie beruhen, müssen falsch sein. Falsch ist insbesondere die Mindestreservepolitik der Notenbank (die angewandt wird, um die fatalen Wirkungen der importierten Inflation als Folge des starren Wechselkurses zu mildern, wodurch letztlich die Wirtschaft und die Privaten zu Prügelknaben der währungspolitischen Sünder gemacht werden), und die gleichen falschen Vorstellungen sind auch im Bretton Woods-System eingebaut (wie sie vor allem in dem die Inflation immer weitertreibenden deficit spending der USA zum Ausdruck kommen), und in eben diesen falschen Vorstellungen ist auch eine der Ursachen für das hartnäckige Festhalten des Internationalen Währungsfonds und so vieler Währungspolitiker am starren Wechselkurs zu suchen (das verhindert, daß die Zahlungsbilanzen der Länder zum Ausgleich kommen und die Inflationen auf ihre jeweiligen Ursprungsländer beschränkt bleiben). Und falsch sind schließlich alle übrigen von der Theorie der Geldschöpfungsfähigkeit der Kreditinstitute ausgehenden Theorien (und Interessentenideologien), wie die Kosten-, die Preis-, die Lohn-, die Mieten- und vor allem auch die Budget-Inflationstheorien. Alle diese Theorien sind nur allzu sehr geeignet, die Tatsachen zu vernebeln und die Verantwortlichkeiten zu verwischen. (Um nicht mißverstanden zu werden: die Offenmarktpolitik und die Diskontpolitik der Zentralnotenbank, sowie die Tarifpolitik der Gewerkschaften sind hier, um der Klarheit willen, bewußt unberücksichtigt geblieben, denn sie haben ja mit der Geldschöpfungstheorie der Kreditinstitute nichts zu tun.)

Es würde mich freuen, wenn es mir mit diesen kurzen Hinweisen gelingen wäre, zu zeigen, daß die Verantwortung für die Gesamtmenge des im Umlauf befindlichen Geldes ausschließlich bei der Zentralnotenbank liegt und allenfalls noch bei denjenigen Politikern, die auf die Notenbankpolitik Einfluß ausüben. Die Währungspolitik ist nun einmal das Schicksal der freien Welt. Wie sehr sie im argen liegt, kann man nachgerade täglich allen bedeutenderen Tageszeitungen entnehmen. Wir haben daher alle Veranlassung, uns mit ihr noch ernster als bisher zu befassen. Die freie Welt wird denjenigen zu Dank verpflichtet sein, die neben dem Gespräch über die Wechselkurse und die importierte Inflation auch das Gespräch über die vermeintliche Geldschöpfungsmacht der Banken und die Verantwortlichkeit der Zentralnotenbanken und des Internationalen Währungsfonds mutig weiterführen.

Fritz Penserot

Ankündigungen und Berichte

*Seminar für freibetriebliche Ordnung
der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V.**

16. Tagung

die diesjährige Sommertagung findet
vom 29. Juli bis 7. August 1964
in der Bauernschule
in Herrsching am Ammersee
statt.

Kollektivismus, Individualismus und freie Gemeinschaftsbildung

Bitte halten Sie die Tage von 29. Juli bis 7. August 1964 für den Besuch der Tagung frei und machen Sie auch Ihre Freunde darauf aufmerksam. Programme stellen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wegen des großen Andranges während der Hauptreisezeit melden Sie sich bitte schon jetzt, jedenfalls aber möglichst bald an.

In den verflossenen Jahrhunderten haben niedrige und käufliche Seelen die Sklaverei angepriesen, während unabhängige Geister und edle Herzen ohne Hoffnung kämpften, um die menschliche Freiheit zu retten. Heute aber begegnet man oft von Natur edlen und stolzen Menschen, deren Ansichten ihren Neigungen stracks zuwiderlaufen, und die die Knechtschaft und Niedrigkeit, die sie selbst nie kennengelernt haben, verherrlichen ... Wo stehen wir also?

Die religiös gebundenen Menschen bekämpfen die Freiheit, und die Freunde der Freiheit greifen die Religion an; edle und hochherzige Geister preisen die Knechtschaft, niedrige und sklavische Seelen rühmen die Unabhängigkeit ... Haben alle Jahrhunderte ausgesehen wie das unsere? Hat der Mensch immer, wie wir heute, eine Welt vor Augen gehabt, in der sich nichts zusammenfügt, in der die Tugend ohne Genie ist, das Genie ohne Ehre; in der sich der Sinn für Ordnung mit Tyrannenwillkür verbindet, der heilige Kult der Freiheit mit Mißachtung der Gesetze? **

*Sitz: Sobernheim (Nahe), Bahnhofstr. 6, Telef. (06751) 835

**Alexis de Tocqueville (1805 bis 1859). Die Demokratie in Amerika 1840, S. 27. Fischer-Bücherei

Das Seminar für freiheitliche Ordnung lädt Sie ein, an der diesjährigen Sommertagung und den Aussprachen über die zur Diskussion gestellten Themen teilzunehmen.

Aus dem nachfolgenden Programm werden Sie erkennen, daß wir uns bemühen, die gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit von den Grundlagen der menschlichen Existenz her zu sehen. Nur so kann es gelingen, dringende Einzelfragen wie die der wirtschaftlichen Konjunktur (Inflation), der Überwindung der Bodenspekulation oder der Beseitigung der traditionellen Hemmungen im Bildungswesen (Berichtigungssystem) aus der Gesamtordnungsidee zu verstehen und zu beantworten.

Alle sozialen Fragen sind letzten Endes Rechtsfragen. Dem Verfassungsrecht sind deshalb wesentliche Vorträge und Seminare gewidmet.

Das Thema der Tagung: Kollektivismus, Individualismus und freie Gemeinschaftsbildung hat mit der uralten Ost-West-Spannung zu tun, die in unserem Jahrhundert eine existenzbedrohende Gestalt angenommen hat.

„Die beiden gesellschaftlichen Formen, die heute die politisch indifferenten sozialen Gruppen in der ganzen Welt mit allen erdenklichen Mitteln und Methoden umwerben (der Osten, beherrscht von der materialistischen Ideologie; der Westen zwar davon frei und mit einer tragfähigen Idee im Hintergrund — jedoch teils vergessen und teils noch nicht erkannt —) kennen in der Auseinandersetzung um das „erfolgreichere“ gesellschaftliche System nur noch die bedenkenlos vereinfachte Alternative einer (angeblichen) „Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit“ durch den östlichen Sozialismus bzw. der „Sicherung der persönlichen Freiheit“ durch den westlichen Liberalismus.

Für den konsequenten Sozialisten bedeutet Freiheit nichts anderes als zügelloses Gewährenlassen im Sinne des „Laissez-faire“ des 19. Jahrhunderts, was gleichgesetzt wird mit sozialer Willkür und gesellschaftlichem Chaos, während die Vertreter des traditionellen Liberalismus bei jeder Bemühung um einen sozial gerechten Ausgleich schon eine Gefährdung der Freiheit befürchten und im politischen Sozialismus — dies allerdings mit berechtigter Sorge — eine konzentrierte Macht heraufziehen sehen, wie sie der aufgeklärte Absolutismus nie gekannt hat.

Aber nicht nur in den weltweiten politischen Spannungen draußen sondern auch innerhalb der „freien Völker“ selbst wird vielfach Ordnung mit Macht, Freiheit mit Anarchie gleichgesetzt. Die soziale Wirk-

lichkeit einer freien Ordnung jenseits von Macht und Anarchie ist dagegen weder erkenntnistheoretisch noch sozialphilosophisch mit der notwendigen Gründlichkeit und dem erforderlichen Umfange untersucht und besprochen worden. In dieser Tatsache glauben wir die Hauptursache für die moralische Schwäche der freien Welt zu sehen.*

Stagnieren bedeutet soviel wie Rückschritt. Um die soziale Entwicklung in der Zukunft in fruchtbare Bahnen zu lenken, bedarf es „funktioneller Eliten“**, die aus sozialem Gewissen heraus sich für den Fortgang der Geschichte verantwortlich fühlen. Es bedarf der Menschen, die sich zur Bewältigung dieser Aufgabe das notwendige Rüstzeug erwerben. Das Seminar für freiheitliche Ordnung möchte mit seinen Arbeitstagen und Veröffentlichungen diesem Ziele dienen.

Helfen Sie mit, diese Aufgabe zu erfüllen und kommen Sie zur Tagung vom 29. Juli bis 7. August 1964 nach Herrsching/Ammersee.

*) Aus dem Vorwort des Buches „Jenseits von Macht und Anarchie“, Westdeutscher Verlag Köln und Opladen 1963.

**) Prof. Dr. Gerhard Möbus in seinem Vortrag „Gewissensbildung und Gesellschaftsordnung“, gehalten auf der 15. Tagung des Seminars. Erscheint demnächst in „Fragen der Freiheit“.

PROGRAMM

Mittwoch	10.00 Uhr	Eröffnung des Tagungsbüros
29. 7. 64	16.30 Uhr	Begrüßung, Eröffnung
	18.00-19.00 Uhr	Gemeinsames Abendessen
	20.00 Uhr	<i>Dr. H. H. Vogel, Heidenheim</i>
		Kollektivismus, Individualismus und freie Gemeinschaftsbildung in der modernen Arbeitswelt
Donnerstag	9.00-10.00 Uhr	<i>Hermann Bauer, Ulm</i>
30. 7. 64		Collegium logicum
		Erkenntnistheoretisches Seminar
	10.15-11.15 Uhr	<i>Hans Brügemann, Fabrikant, Völb</i>
		Altruismus und Egoismus in der Gesellschaftsordnung
		(Das zentrale Problem politischer Orientierung)
	11.15-12.30 Uhr	Aussprache
	12.45-15.30 Uhr	Gemeinsames Mittagessen – Mittagspause –
	15.30-16.30 Uhr	<i>Herbert K. R. Müller, Braunschweig</i>
		Die Bodenfrage und die freiheitliche Gesellschaftsordnung

	16.30-18.00 Uhr	Aussprache
	18.00-19.00 Uhr	Pause für Abendessen
	20.00 Uhr	Wolfgang Frickhöffer, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirt- schaft e. V., Heidelberg Einzelinteresse und Gesamtinteresse in der Wirtschaftspolitik
Freitag 31. 7. 64	9.00-10.00 Uhr	Erkenntnistheoretisches Seminar
	10.15-11.15 Uhr	cand. phil. Andreas Papendieck, Tübingen Die kulturpolitische Diskussion in der Bundesrepublik
	11.15-12.30 Uhr	Aussprache
	15.30-16.30 Uhr	Claus Plücker, Universität Heidelberg Individualismus und Kollektivismus als West-Ost-Problem
	16.30-18.00 Uhr	Rechtsanwalt Konrad Weißkopf, Frankfurt/Main Macht und Menschenrechte
	20.00 Uhr	Studienrat Dr. A. F. Ventker, Hamburg Der Geschichts- und Gemeinschaftskunde- unterricht im Hinblick auf die freiheitliche Gesellschaftsordnung
Samstag 1. 8. 64	9.00-10.00 Uhr	Erkenntnistheoretisches Seminar
	10.15-11.15 Uhr	Dipl.-Volkswirt Dr. Bodo Steinmann, Universität Freiburg Ordnungspolitische Grundfragen in Entwicklungsländern
	11.15-12.30 Uhr	Seminar
	15.30-16.30 Uhr	Dipl.-Soziologe Bernd Hasecke, Velbert Probleme der freiheitlichen Wirtschafts- ordnung Funktionale und genetische Preisbildung
	16.30-18.00 Uhr	Aussprache
	20.00 Uhr	Berthold Wulf, Zürich Thomas von Aquin und der Kampf um die Wirklichkeit der Ideen
Sonntag 2. 8. 64	9.00-10.00 Uhr	Kurt Th. Richter, Wiesbaden Reglerfunktionen in Natur, Technik und frei- heitlicher Gesellschaft (Kybernetik)
	10.15-11.15 Uhr	Eckhard Behrens, Universität Frankfurt Das Berechtigungswesen als in der freiheit- lichen Ordnung unzeitgemäßes Lenkungs- mittel (Instrumentarium)
	11.15-12.30 Uhr	Seminar
	15.00 Uhr	Gemeinsamer Ausflug nach Kloster Andechs oder Dampferfahrt auf dem Ammersee

	20.00 Uhr	<i>Dr. Lothar Vogel, Ulm</i> Das Phänomen des Lebens in der griechischen Kunst (mit Lichtbildern)
Montag 3. 8. 64	9.00-10.00 Uhr	Erkenntnistheoretisches Seminar
	10.15-11.15 Uhr	<i>Heinz Eckhoff, Heidenheim</i> Das Ordnungsdenken in der Nationalökonomie mit besonderer Berücksichtigung der Geldfunktion (Prinzip und Geschichte)
	11.15-12.30 Uhr	Seminar
	15.30-16.30 Uhr	<i>Eckhard Behrens, Universität Frankfurt</i> Seminar; Das Berechtigungswesen Parallelkurs <i>Heinz Eckhoff, Heidenheim</i> <i>Fritz Penserot, Kirn</i> <i>Dipl.-Volkswirt Dr. Bodo Steinmann, Freiburg</i> <i>Prof. Dr. Ernst Winkler, München</i> Probleme der freiheitlichen Wirtschaftsordnung
	16.30-18.00 Uhr	<i>Dr. Lothar Vogel, Ulm</i> Der Mensch als Urbild sozialer Gesetzmäßigkeiten
	20.00 Uhr	Geselliger Abend
Dienstag 4. 8. 64	9.00-10.00 Uhr	Erkenntnistheoretisches Seminar
	10.15-11.15 Uhr	<i>Dipl.-Volkswirt Peter Weinbrenner</i> <i>Universität München</i> Probleme der sozialen Marktwirtschaft
	11.15-12.30 Uhr	Seminar
	15.30-16.30 Uhr	Seminar; Das Berechtigungswesen Parallelkurs Probleme der freiheitlichen Wirtschaftsordnung
	16.30-18.00 Uhr	Seminar; Der Mensch als Urbild sozialer Gesetzmäßigkeiten
	20.00 Uhr	<i>Nationalrat Werner Schmid, Zürich</i> Die Konjunkturdämpfungsmaßnahmen der Schweiz — ein systemwidriger Eingriff in den freien Markt
Mittwoch 5. 8. 64	9.00-10.00 Uhr	<i>Assessor Rainer Junghans, München</i> Demokratie — Gefahren und Möglichkeiten
	10.15-11.15 Uhr	<i>Oberverwaltungsrat H. P. Neumann, Berlin</i> Die Wirtschaftsordnung im Bonner Grundgesetz
	11.15-12.30 Uhr	Aussprache
	15.30-16.30 Uhr	<i>Dr. jur. Hans Ulrich Gallwas, Universität München</i> Individualismus und Verfassung

- 16.30-18.00 Uhr Seminar:
 20.00 Uhr *Ministerialdirigent a. D. Dr. Werner Füllein, seither im Innenministerium in Bonn*
Kollektivismus, Individualismus und freie Gemeinschaftsbildung als Verfassungsprinzipien
- Donnerstag** 9.00-10.00 Uhr *Berthold Wulf, Zürich*
 6. 8. 64 **Aristoteles und der Kampf um das Sein**
 10.15-11.15 Uhr *stud. phil. Thomas Mies, Münster/Westf.*
Was heißt Philosophieren? — Was Philosophie nach Thomas von Aquin zu leisten imstande — und inwiefern die Ordnung der Gesellschaft auf diese Leistung angewiesen ist.
 11.15-12.30 Uhr *can. jur. Hermann Hummel, Genf*
Die Würde des Menschen als Naturrechtsbegriff
 15.30-16.30 Uhr Seminar: Das Berechtigungswesen
Parallelkurs
Probleme der freiheitlichen Wirtschaftsordnung
 16.30 18.00 Uhr Seminar:
Der Mensch als Urbild sozialer Gesetzmäßigkeiten
 20.00 Uhr *Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl, München*
Ansprache an die Jugend
 Zusammenfassendes Forumgespräch
- Freitag** 9.00-10.00 Uhr *Abschlußbesprechung*
 7. 8. 64 10.15-11.15 Uhr *Dr. Lothar Vogel Ulm*
Der Stil der freiheitlichen Gemeinschaftsordnung
 Abreise nach dem Mittagessen
 Änderungen vorbehalten!

Durch Terminschwierigkeiten der Referenten bedingt, konnten die Themen leider nicht immer in sinngemäßer Reihenfolge gruppiert werden.

- Ort der Tagung:** Herrsching am Ammersee in der Bauernschule,
 Telefon: 08 186/241
Tagungsbüro ab Mittwoch, 29. Juli, 10 Uhr
 Anreise über Augsburg oder München.
- Unterbringung:** in der Bauernschule zu günstigen Preisen.
Zeltplätze sind vorhanden.
 Darüber hinaus **weitere Schlafgelegenheiten** (gratis) im Gemeinschaftszelt des Seminars. (Dann Luftmatratze, Schlafsack und Decken mitbringen).
- Verpflegung:** Die Mahlzeiten können preiswert in der Bauernschule eingenommen werden.
- Tagungsbeitrag:** Der Kursbeitrag beträgt für Erwachsene 20,— DM, Zuschüsse und Reisekostenausgleich sind in Bedarfsfällen möglich.
- Auskünfte und Anmeldungen — Seminar für freiheitliche Ordnung,**
 6553 Sobernheim/Nahe, Bahnhofstr.6, Telefon 06 751/835.

